

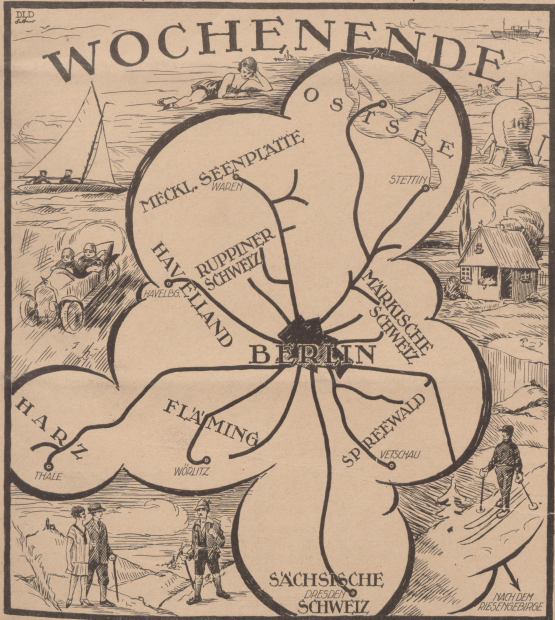


# Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Das Berufsausbildungsgezet. Von Ministerialrat Schindler. — Der englische Staatshaushalt. Von Dr. Oscar Wingen. — Die Eracht der deutschen Geschichte. Von Prof. Dr. Philipp Zorn. — Verliert Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung? usw.

In Kommission:  
Zentralverlag o. m. Berlin W 35  
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



DLB

# Das Berufsausbildungsgesetz.

Von Ministerialrat Schindler.

Nach mehrjährigen Vorarbeiten und nach wiederholter Ankündigung von Regierungsseite ist soeben der amtliche Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes im „Reichsbeitsblatt“ (Heft 10 des laufenden Jahrganges vom 1. April d. J.) veröffentlicht worden und auch schon Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugestellt worden. Außerdem ist der amtliche Entwurf nebst Begründung als 39. Sonderheft zum Reichsbeitsblatt eben im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, erschienen. Die ersten kritischen Stimmen werden in der Öffentlichkeit schon laut, und es liegt alle Veranlassung vor, sich mit diesem ungewöhnlich wichtigen neuen Entwurfe zu befassen. Die Neuregelung der Berufsausbildung der Jugend ist nämlich eine staatspolitische Notwendigkeit, der durchaus und mit Beschleunigung genügt werden muß.

Vorausgeschickt: es handelt sich um kein Schulgesetz. Die Berufsausbildung in der Schule — so wichtig unser Berufs- und Fachschulwesen ist — wird in dem Entwurfe nicht behandelt, sondern die Berufsausbildung im Betriebe, diesen aber im weitesten Sinne gefaßt. Das geltende Recht kennt eine solche, einseitliche und umfassende Regelung der Berufsausbildung überhaupt nicht, sondern kennt nur Lehrlingsrechte oder Anträge in solchen, und zwar nur für einzelne Berufsgruppen, im wesentlichen für gewerbliche Lehrlinge und unter diesen besonders für Handwerkslehrlinge, und für Handlungslehrlinge.

Der vorliegende Entwurf faßt die ganze Frage grundsätzlich und umfassend. Jeder Jugendliche, mit Ausnahme solcher, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, also mit dieser Ausnahme alle als Arbeiter, Angestellte oder Lehrlinge beschäftigten Personen von 14—18 Jahren sollen unter das künftige Gesetz fallen. Für Reichsbetriebe, Schiffahrt und Flöherlei hat die Reichsregierung, für Landesbetriebe, Bergbau und Hauswirtschaft haben die Landesregierungen die Befugnis abweichender Regelung; im übrigen aber fällt jeder im Betriebe tätige Jugendliche zwischen 14—18 Jahren unter das Gesetz.

Das bedeutet gegenüber dem geltenden Rechte eine ganz grundlegende Änderung. Es soll damit nicht nur die bisherige, für die einzelnen Berufe verschiedene Sonderregelung fallen, sondern es soll zum ersten Male der Tatsache Rechnung getragen werden, daß ein nicht unerheblicher Teil unserer Jugend die Berufsausbildung nicht im Lehrverhältnis, sondern als Jugendliche Arbeiter und Angestellte erhält.

Gewiß wird und muß der Schwerpunkt der Berufsausbildung und damit der gesetzlichen Regelung bei dem Lehrverhältnis liegen. Deshalb beschäftigt sich auch der weitens größte Teil des Entwurfes mit Lehrling, Lehrvertrag, Lehrverhältnis und Lehrlingsprüfung. Aber immer bleibt doch bestehen, daß auch der jugendliche Arbeiter und Angestellte einen Anspruch auf Erziehung, Ausbildung und Fürsorge hat, und daß nicht schlechterdings jeder Arbeitgeber geeignet und in der Lage ist, diesen Anspruch zu befriedigen. Deshalb sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, ungeeignete, unwürdige und sittlich bedenkliche Arbeitgeber von der Beschäftigung jugendlicher überhaupt, nicht nur der Lehrlinge, auszuschließen; er setzt Erziehungs- und Fürsorgepflicht für den Arbeitgeber, Gehorsams- und Treuepflicht für den Jugendlichen fest.

Anzweifelhaft wird gerade dieser umfassende Charakter des Entwurfes angegriffen werden. M. E. zu Unrecht. Dem arbeitenden Jugendlichen wird nicht mehr zugemutet, als unseren Anschauungen von sozialer Verpflichtung, insbesondere der Jugend gegenüber entspricht; der Jugend aber wird eine etwas freiere Bindung auch des Arbeitsverhältnisses nur bestimmt sein. Man darf nicht von Verwahrlosung der Jugend sprechen, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, der Jugend zu geben, was ihr zukommt.

Der andere, nicht minder wichtige Grundgedanke des Entwurfes ist der folgende:

Es handelt sich um ein Rahmengesetz, das wesentlichen Inhalt durch die berufsfähigkeits- oder, besser gesagt, wirt-

schaftliche Selbstverwaltung der Beteiligten erhalten soll. Der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung tritt auch in anderen neuen Gesetzen und Entwürfen, besonders im Arbeitsnachweisgesetz und im Entwurfe eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, stark hervor; er hat namentlich im Berufsstands-Rechte des Handwerkers einen beachtlichen Vorläufer, ist aber im wesentlichen in der Nachkriegszeit entstanden und vertritt überaus fruchtbar und bedeutungsvoll zu werden. Der Staat verzichtet darauf, selbst alle Einzelheiten anzuordnen, sondern beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Wirtschaft selbst in ihren Körperschaften und Vereinigungen im Wege der Selbstverwaltung anordnen zu lassen, was sie für dienlich hält, behält sich aber die Oberleitung des Ganzen und die Genehmigung der wichtigsten Beschlüsse vor.

Diese Gedanken sind in dem vorliegenden Entwurfe folgerichtig durchgedacht und durchgeführt worden. Die eigentliche Durchführung des Gesetzes soll den gesetzlichen Berufsvertretungen, den Handwerks- und den Handelskammern, obliegen. Für Betriebe und Berufe, die weder den Handwerks- noch den Handelskammern unterliegen, können Selbstorganisationsgesellschaften werden.

Dabei aber ergab sich eine Schwierigkeit. Die Handwerks- und die Handelskammern sind Körperschaften der selbständigen Unternehmer. Aber wie man sich im übrigen grundsätzlich zu der Frage der Parität stellen muß: ungewisselhaft ist, daß in Angelegenheiten der Berufsausbildung der gesamte Berufsstand beteiligt ist, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar zu gleichen Rechten. Wenn der Gedanke der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerseite überhaupt einen Sinn haben soll, so muß er hier zum Durchbruch kommen. Damit soll in das Verhältnis zwischen Lehrmeister und Lehrling kein Keil getrieben, auch kein Dritter eingeschaltet werden: aber für allgemeine und grundsätzliche Anordnung und Regelung kann auf gleichberechtigte Mitwirkung beider Teile des Berufsstandes nicht verzichtet werden.

Der Entwurf sieht vor, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen die ihnen zugewachten Befugnisse durch paritätische Ausschüsse ausüben, deren Beschlüsse bindend und von den Geschäftsstellen der Kammern auszuführen sind. Der Grundsatz der Parität ist vorbehaltlos durchgeführt; deshalb sollen die Ausschüsse auch ihre Vorsitzenden selbst aus ihrer Mitte wählen.

Zu beachten war dabei aber, daß bei aller Wertschätzung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Berufsausbildung der Jugend eine Frage von einer Bedeutung ist, die über das berechtigte Interesse des Berufsstandes hinausgeht und die Allgemeintheit vielfach und lebhaft berührt. Der Staat muß sich deshalb nicht nur die Genehmigung der wichtigsten Beschlüsse dieser Ausschüsse vorbehalten; es war auch die Mitwirkung von Sachverständigen aus solchen Kreisen vorzuziehen, die ohne unmittelbares eigenes Interesse am Wohle der Jugend mitzuarbeiten berufen sind. Dazu gehören Vertreter des beruflichen und des allgemeinen Schulwesens, der öffentlichen Berufsberatung, der öffentlichen Arbeitsvermittlung, der Jugendämter, der Jugendpflege und der Ärzteschaft. Allen diesen war wenigstens beratende Stimme zuzugestehen.

Innerhalb dieser Gesichtspunkte aber hat der Entwurf sich vorbehaltlos auf den Grundsatz wirtschaftlicher Selbstverwaltung gestellt. Die gesetzlichen Berufsvertretungen sollen das gesamte Lehrverhältnis regeln dürfen, auch Vorschriften über Urlaub, Lohn und Ferien erlassen, den Ausbildungsgang für Jugendliche regeln, die Dauer der Lehrzeit und die Höchstzahl der Lehrlinge festsetzen dürfen. Soweit solche Anordnungen getroffen sind, gehen sie jeder Vereinbarung der Beteiligten selbst, auch dem Lehrvertrage, vor.

Wichtig ist von den weiteren Vorschriften des Entwurfes insbesondere der Satz, daß Lehrlinge nur auszubilden werden dürfen in Betrieben, die von der gesetzlichen Berufsvertretung als Lehrbetriebe anerkannt worden sind. Solche Anerkennung setzt sachliche Eignung des Betriebes und berufliche Eignung des Lehrmeisters oder seines Stellvertreters voraus. Jeder,

dem die Mißstände im Lehrlingswesen bekannt sind, weiß, daß mit Hilfe einer solchen Vorstudie die größten Uebelstände beseitigt werden könnten. Auch hier ist übrigens der Gedanke der Selbstverwaltung reiflos durchgeführt.

Auf manche bedeutungsvollen Einzelheiten — Prüfungs-wesen, Auswahl der Lehrlinge, Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, Befestigung solcher Betriebe, die keine Lehrlinge halten — kann leider hier nicht eingegangen werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es sich um einen Ge-fetzentwurf von ungewöhnlicher wirtschaftlicher, sozialer und

staatspolitischer Bedeutung handelt, der um so schleuniger erledigt werden sollte, als bekanntlich schon vom Jahre 1929 ab mit einem erheblichen, durch den Geburtenausfall während des Krieges verursachten Rückgang der Zahl der Jugendlichen zu rechnen ist. Bis zum Jahre 1935 werden weit über 2 Mil-lionen jugendliche weniger in das Wirtschaftsleben eintreten. Grund genug, um dem Gedanken der Berufsausbildung der Jugend viel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. Qualitätsarbeit erfordert Qualitätsarbeiter! Das gilt auch im Zeitalter der Rationalisierung.

## Der englische Staatshaushalt.

Von Dr. Oscar Wingen.

Nach den Parlamentardebatten in Paris und Berlin über den Stand der Staatsfinanzen ist nun auch dem englischen Steuerzahler die nicht sehr erfreuliche Rechnung präsentiert worden. Am 11. April hat Finanzminister W. Churchill in mehr als zweifelhäufiger Rede vor dem überfüllten Unterhaus Rechenschaft über Soll und Haben des Reichshaushaltes abgelegt. Hitzemäßig stellte sich das englische Budget 1926/27 und der Voranschlag für das am 1. April begonnene laufende Fiskaljahr in großen Umrissen folgendermaßen dar:

### I. Einnahmen

	Voranschlag	Jß-Zufluss	Voranschlag
	1926/27 (Mill. Rmf.)	1926/27 (Mill. Rmf.)	1927/28 (Mill. Rmf.)
Gesamteinnahmen . . . .	16 494,0	16 120,0	16 700,0
darunter			
1. Zölle . . . . .	2 168,0	2 150,0	2 242,0
2. Indirekte Steuern . . .	2 826,0	2 660,0	2 916,0
3. Einkommensteuer . . .	5 096,0	4 694,0	4 940,0
Zölle u. Steuern insgesamt	13 822,0	13 280,0	13 820,0

### II. Ausgaben

Gesamtausgaben . . . . .	16 650,0	16 848,0	16 668,0
--------------------------	----------	----------	----------

Voranschlag 1927/28  
(Mill. Rmf.)

Gesamtausgaben . . . . .	16 668,0
darunter	
1. Schuldendienst . . . . .	7 400,0
2. Zivilverwaltung . . . . .	4 720,0
3. Landesverteidigung . . . .	2 502,0
Defizit 1926/27 = 728 Mill. Rmf.	

Danach hat das Budget 1927 an Ausgaben 16,848 Mil-liarden Reichsmark und an Einnahmen 16,120 Milliarden Reichsmark gebracht, d. h. die Bilanz schließt mit einem Defizit von über 700 Millionen Reichsmark ab, dem größten Minus, das die Geschichte der englischen Staatsfinanzen überhaupt zu verzeichnen gehabt hat. Entstanden ist das Defizit teils durch Minderertrag auf der Einnahmeseite, teils durch Erhöhung der Ausgaben. Was das Zurückbleiben der tatsächlichen Staats-einnahmen, vor allem bei der Einkommensteuer, anlangt, so erklärt sich das in der Hauptsache aus den ruinösen Folgen des siebenmonatigen Kohlenarbeiterstreits, der eine starke Minde-rung des Volkseinkommens zur Folge gehabt hat. Die Mehr-ausgaben sind nach Churchill vor allem aus sozialem Gebiet erwachsen.

Das dem Parlament vorgelegte neue Budget gleicht sich, rechnungsmäßig wenigstens, an, ergibt sogar noch einen ge-ringen Überschuß von rund 30 Millionen Reichsmark. Der Defizitausgleich soll nach dem Vorschlage des Finanzministers auf folgende Weise erzielt werden: Erhöhung der Zölle und Verbrauchsabgaben auf Wein, Tabak und Zündhölzer, Neu-einführung von Zöllen auf Autoreifen und Reifen für Motor-räder sowie auf bestimmtes Porzellan, Einbeziehung von silberfreier bestimmter Breite in den silnzoll. Sodann sollen die Getränkesteuern der Brauereien, die bisher zweimonatlich gezahlt wurden, monatlich fällig werden, dadurch würden im laufenden Finanzjahre 15 Monatszahlungen zu leisten sein. — Eine weitere einmalige Zufußzahlung entsteht für das Rech-nungsjahr 1927/28 dadurch, daß die Grundsteuer am 1. Januar

mit vollem Betrag gezahlt werden soll, nicht, wie bisher, je zur Hälfte am 1. Januar und 1. Juli. Die Staatskasse erhält da-durch den Steuerbetrag von drei Halbjahren.

Endlich hofft der Straßenbaufonds gefüllt werden. Auf diesem Wege soll Churchill das Defizit des letzten Jahres aus-zugleichen unter der Voraussetzung, daß keine unvorbe-gesehenen Ausgaben entstehen. Gleichzeitig ist die Durch-führung eines, wenn auch recht bescheidenen Sparprogramms angekündigt. So soll das Verkehrsministerium verschwinden, auch das Ministerium für Bergbau würde fortfallen, was vor-ausichtlich von der Arbeiterpartei beklämpft werden wird, end-lich soll die besondere Abteilung für Außenhandelsförderung eingehen. Jedenfalls wird ein merklicher Ausgabenabbau nicht eintreten und damit die immer dringender erhobene Forderung der Wirtschaftskreise nach Steuerabbau ein frommer Wunsch bleiben.

Sieht man sich den Voranschlag für 1927/28 auf der Ein-nahmeseite an, so fällt die überragende Bedeutung der Ein-kommensteuer ins Auge. Auch auf die Zölle entfällt ein wach-sender Teil der Staatseinnahmen: über 2,2 Milliarden Reichs-mark gegenüber 710 Millionen Reichsmark 1915/14, ein Bei-spiel dafür, wie stark die Zollpolitik heute auch von finanziellen Rücksichten beeinflusst wird. Auf der Ausgabenseite ist das frapperendste der Anteil des Schuldendienstes. Neben die Hälfte der Ausgaben geht für Schuldzinsen und Schuldtilgung drauf! Und England hat eine ganz gewaltige Staatsschuld. Sie belief sich am 31. März d. J. auf rund 150 Milliarden Reichsmark. Davon entfallen auf die Auslandsstaaten an die Vereinigten Staaten 22 Milliarden Reichsmark, die Inlands-schuld steht demnach mit 128 Milliarden Reichsmark zu Buch gegenüber 14,4 Milliarden vor dem Weltkrieg! An inneren Schuldverpflichtungen werden in den nächsten Jahren fällig: 1927/28 = 5,6 Milliarden Reichsmark; 1928/29 = 9 Mil-liarden Reichsmark und 1929/30 = 1,1 Milliarden Reichs-mark. Angesichts dieser Sachlage ist es verständlich, wenn der englische Finanzminister unter dem Beifall des Parlaments aufs nachdrücklichste auf die Notwendigkeit hinwies, außerordent-liche Mittel für die Schuldentilgung außer den laufenden Mit-teln bereitzustellen. Auf einer geordneten Schuldenpolitik be-ruht Englands größtes kommerzielles Attribut: seine Kredit-würdigkeit im In- und Auslande.

Die Darlegungen Churchills sind im allgemeinen in der Öffentlichkeit zunächst ruhig aufgenommen worden, wenn es auch nicht an Kritik namentlich von liberaler Seite und von seiten der Arbeiterpartei fehlt. Man ist durchweg froh, daß es wenigstens ohne ins Gedicht fallende Steuererhöhung ab-gehen wird, wenn schon keine Steuerminderung zu erhoffen steht. Im übrigen wird das Kreuzfeuer der Kritik erst bei der Einzelberatung des Budgets kommen. Ob allerdings der rechnungsmäßige Ausgleich tatsächlich auch durchgeführt werden kann, besonders in den kommenden Jahren, muß zweifelhaft erscheinen, wenn nicht auf der Ausgabenseite doch fühlbare Ersparnisse eintreten. Wie auch in anderen Ländern: so stehen gegenwärtig dem englischen Finanzminister ein-malige Mehreinnahmen zur Verfügung, so bei der Getränke- und Grundsteuer, die späterhin fortfallen. Der vermag z. B. die Entwicklung der außenpolitischen Lage (China) zu über-sehen oder welche innerpolitischen für den Wirtschaftskreisden

bedeutamen folgen kann das neueste Vorgehen der konservativen Regierung gegen die Gewerkschaften haben, hat doch der Arbeiterführer Snowden bereits warnend darauf hingewiesen? Tatsache bleibt jedenfalls, daß auch der englische Steuerzahler eine rechtshaffen dreifachen Bürde zu tragen hat. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß England nach den Ver. Staaten das reichste Land der Welt ist, daß der durchschnittliche Lebenszustand der breiten Massen merklich höher ist als z. B. in Deutschland. Und was die Riesenlast der Staatsschuld anbetrifft, so find auch hier erhebliche Unterschiede gegenüber der deutschen Reparationslast vorhanden. Die Kriegsschulden an die Ver. Staaten werden England ab 1928/29 bei normalem Verlauf der Dinge nicht mehr drücken,

denn sie werden aus den Daweszahlungen und den Schuldzahlungen Frankreichs und Italiens abgedeckt werden. Die verbleibende innere Schuld wirkt sich aber volkswirtschaftlich dadurch leichter aus, daß die Summen der Verzinsung und Tilgung im Lande bleiben, der Wirtschaft nicht engpässlich verlorengelassen, während z. B. bei der deutschen Reparationszahlung die Leistung engpässlich außer Landes geht und die einheimische Kapitalreserve verflüchtigt. Wenn man endlich das englische Volkseinkommen auf 80 Milliarden RM. geschätzt hat, so dürfte — abgesehen von anomalen Jahren — diese Ziffer zu niedrig sein. Jedenfalls zeigt aber auch das englische Budget deutlich, wo Europa wirtschaftlich der Schuh drückt: enorme Ausgaben für Staatsschulden und Landesverteidigung!

## Die Tragik der deutschen Geschichte.

Don Professor Dr. Philipp Jörn.

Das Einleitungsapitel einer bemächtigten *Rechtshandlung*, *Beitrag* *erfundenen*, *abseits* *knappen* *wie* *hat* *geliebtesten* *Geschichte*. *Dem* *alten* *zum* *neuen* *Reich*. *Aus* *der* *Welt* *der* *deutschen* *Verfallungs-* *Geschichte*.

Die Anfänge des deutschen Staatslebens liegen in den germanischen Stammesstaaten, die zunächst eines staatlichen Zusammenhanges vollständig ermangelten. Auch in den Kämpfen mit den Römern ergaben sich anfangs nur lose Bündnisse, die am Wende der christlichen Zeitrechnung allmählich zu einer Abgrenzung der Römer- und Germanenwelt führten, ohne daß ein festerer Zusammenfluß staatlichen Charakters unter den germanischen Stammesstaaten erfolgte. In der weiteren Entwicklung trat sodann nach dem groß angelegten, aber erfolglosen gotischen Staatenbildungsvorhaben des Wigoten Theodorich (Dietrich von Bern) die Franken an die Spitze der germanischen Staatenentwicklung — zunächst in Staats- der Merowinger, später der Karolinger, deren staatenbildende Kraft im Reiche Karls des Großen den weitesten geographischen Teil der gesamten Germanenwelt zusammenfaßte. Durch fränkischer Eroberung wurde es nach den Stürmen der Völkerwanderung zum mitteleuropäischen Weltreich und wurde vom Pappie zum Kaiserthum des Abendlandes erhoben (800).

Durch die Teilungsverträge von Verdun (843) und Meers (870) zerfiel dann dies große Germanenreich in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in drei Teilstaaten, die als Deutschland, Frankreich und Lothringen sich gliederten und so in jahrhundertlangere Entwicklung zur Grundlage der heutigen mitteleuropäischen Staatenbildung wurden. Der westliche Teil dieses Staatenkomplexes wurde der heutige Staat Frankreich, der, allerdings in späteren inneren Kämpfen, einer immer stärkeren und festeren Staatsschärfe annahm und durch alle Wandlungen der Jahrhunderte durch ein kraftvolles Königtum und eine immer stärkere Verschmelzung der Stämme die höchste Staatseinheit Mitteleuropas wurde und bis zum heutigen Tage geblieben ist. Der mittlere Teil des karolingischen Staatenkomplexes zerfiel in sich mehr und mehr, fiel teilweise an Frankreich, teilweise an Deutschland, bildete sich teilweise zu kleineren Staatskörpern aus, besonders in seinen südlichen Teilen, bis er endlich nach endlosen inneren Kämpfen von fast zwei Jahrhunderten in der Mitte des 19. Jahrhunderts als einheitlicher Staat Italien zusammenwuchs, der heute als mitteleuropäischer Großmacht dem Staatenysteme Europas und der Welt angehört.

Wieder eine andere Entwicklung nahm der östliche Teil des ehemaligen Karolingerreiches, das heutige Deutschland. Dieses frühere deutsche Reich vermochte für sich die Kaiserkrone der Welt zu beanspruchen und weiterhin durch erneuerte Krönung (Otto I. 962) zu neuem Glanze zu erheben. Aber ungleich dem französischen Königtum vermochte das deutsche Kaiser-Königtum niemals die feste starke Staatsgewalt zu gewinnen wie jenes. Auch in Deutschland fand jahrhundertlang ein heftiges Kämpfen statt zwischen der zentralen Gewalt der Kaiser-Könige mit den Stammesherzogtümern, und in glücklichen Perioden schien die Zentralgewalt das Übergewicht über die territorialen Gewalt der Stammesfürsten gewonnen zu haben. Aber dies waren immer nur vorübergehende Epochen; ein dauerndes festes Gewaltverhältnis der Kaiser- und Königs herrschaft, wie solches in Frankreich sich durchsetzte, war in Deutschland nicht zu erreichen. Unter den Sachsen- und Hohenstaufenkaisern vermochte sich innerhalb eine starke Reichsgewalt noch zeitweilig zu behaupten, aber die unselige Verletzung deutscher und italienischer Dinge entleerte die deutsche Kaiserkraft immer mehr ihrer inneren Stärke und Kraft. Zwei Momente waren es hauptsächlich, die das deutsche Kaiserthum seiner inneren und äußeren Kraft beraubten: einmal die unaufhörlichen Kämpfe mit dem Papsttum und zweitens die niemals endenden Spielplatzkämpfe zwischen der Zentralgewalt und den zu einer freien Macht erstarrten Territorialherren der Stammesherzogtümer. Die letztgenannten Gegenläufe führten schließlich 1220 und 1251/52 zu der untrag-

lichen Preisgabe der Staatsgewalt an die Landesherren durch Reichsgesetz, erst an die geistlichen, sodann an die weltlichen.

Diese beiden gefeherberrschenden Akte, leider bis zu dieser Stunde in der deutschen Volkseentwicklung und in deren Erkenntnis im gesamten Schulunterricht des deutschen Volkes oft zu wenig in ihrer Bedeutung gewürdigt, stellen den verhängnisvollsten Einbruch in dem einheitlichen deutschen Volksgedanken dar, von dem unser Volk sich seitdem bis in die neueste Zeit niemals wieder erholt hat. Bis zur Hohenstaufenzeit war es doch immer noch der einheitliche deutsche Reichsgedanke, der die deutsche Staatenentwicklung beherrschte hatte. Als aber, schon seit der Zeit der Sachsenkaiser und in voller Stärke durch die Hohenstaufen, die Dinge des deutschen Staatslebens sich immer enger mit den Kämpfen des italienischen Staatslebens verflochten, trat der deutsche Staats- und Volksgedanke immer mehr in den Hintergrund, und in der Zeit der späteren Hohenstaufen wurde das deutsche Staatsleben und der deutsche Volksgedanke mehr und mehr zum Anhängsel der italienischen inneren und äußeren Kämpfe: schon Heinrich VI. und mehr noch Friedrich II. waren in erster Linie italienische Fürsten und nur im Nebenamte deutsche Kaiser. So kam es zu jenen Geleiten, die die deutsche Staatsgewalt in der Hauptlage den Landesherren in Deutschland preisgaben, und weiterhin führte diese Preisgabe der Reichsgewalt durch die Hohenstaufen zum dem Blutigste auf dem Konradins, des letzten Hohenstaufen, junges Haupt unter dem Biele fiel, ohne daß deutsche Staats- und Volkskraft diese Katastrophe hätte verhindern oder räden können. Es konnte zu einer wirklichen Kaiserwahl nicht mehr kommen, und es begann für das deutsche Reich und Volk „die Kaiserlose, die scheidliche Zeit“.

Zwar vermochte die deutsche Volkskraft sich wieder aus dieser ihrer tiefsten Erniedrigung zu erheben, und mit Rudolf von Habsburg begann die Zeit, in der das Geschick Deutschlands fast ausschließlich durch das österreichische Kaiserhaus der Habsburger bestimmt wurde, und der es nicht an kraftvollen Herrscherpersönlichkeiten wie Maximilian I. fehlte.

Aber der Staatsgedanke des Reiches als des Staates des einheitlichen deutschen Volkes, der ja auch in früheren Zeit niemals zu wüthlicher innerer und äußerer Stärke sich hatte emporgearbeitet können, war inzwischen, besonders unter den und durch die Hohenstaufen, zu einer Schwäche herabgesunken, daß alle Versuche, den Reichsgedanken wieder zu wüthlicher Kraft und Stärke zu erheben, vergeblich blieben. Und als dann nach kurzer Zeit das große weltgeschichtliche Schicksal der Reformation das deutsche Volk in zwei gleich große Teile innerlich zerklüftete, war die letzte Hoffnung geschwunden, auf der Grundlage des alten Reiches, des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, einen staatlichen Neubau des deutschen Reiches für das ganze deutsche Volk wiederherzustellen. Selbst die Kraft des Staates, in dem die Sonne niemals unterging, der Staates Karls V., war dazu nicht mehr imstande, das alte Reich, war rettungslos dem Untergang verfallen.

Die inneren Kräfte, die die Zerplitterung in sich trug, waren stärker als die äußere Macht, die der Träger des Einheitsgedankens war.

Die Religionswirren, die seit 1521 die letzten Reste deutscher Staatseinheit des Reiches auseinanderrißen, führten absonn zum fürchterlichen 30jährigen Kriege, der Deutschland ins tiefste Elend stürzte und mangels deutscher Staatseinheit es zum Tummelplatz fremder Heere unter fremden Feldherren machte. Nach mancherlei Zwischenfällen, die in das Ganze der Weltpolitik aufs tiefste eingriffen, kam endlich 1648 der Westfälische Friede zu Münster und Osnabrück zustande, der dem Gemehel auf deutscher Erde ein Gebe machte, aber zugleich dem Staatsgebilde des alten Reiches ein völliges Ende bereite. Er hat das alte deutsche Reich zertrüben und das deutsche Volk in seine Bestandteile zerissen, die sich in heftiger Feindschaft bekämpften und die Einheit des deutschen Volkes immer mehr zum kraftlosen Spielball fremder Mächte werden ließen.



# Berliert Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung?

(Sein Anteil an der Weltproduktion sinkt und sinkt.)

Von Regierungsrat Horwitz.

Als Auftakt zur Weltwirtschaftskonferenz hat die wirtschaftliche Abteilung des Völkerbundes, bei der das Material aus fast allen Ländern der Erde zusammenfließt, u. a. eine Denkschrift über die Güterproduktion in der Welt herausgegeben. Sie folgte einer Untersuchung über den Welthandel, und beide zusammen rufen die Probleme, die die Nachkriegszeit wohl für alle Völker aufgeworfen hat, in das helle Licht unerbittlicher Tatsachen. Die Frage, ob das wirtschaftliche Schwergewicht in der Welt sich mehr und mehr von Europa auf die anderen Erdteile verlagere, beschäftigt Wirtschaftswissenschaftler und -statistiker in wachsendem Maße. Auf verschiedenen Einzelgebieten, vor allem in der Entwicklungstendenz des Weltwandels und der Weltbevölkerung, ist diese „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft“, ihr dieses langsame Abgleiten des Schwergewichts deutlich erkennbar. Der Rückgang des europäischen Anteils an den Gesamtumfängen des Welthandels von 88,5 v. H. im Jahre 1913 auf 50 v. H. im Jahre 1925 — und damit ihr der tatsächliche Grad des Rückgangs noch nicht einmal gekennzeichnet — spricht eine unmissverständliche Sprache. Zeigen sich die gleichen Symptome auch auf dem Gebiet der Weltproduktion? Die kürzlich vom Völkerbund herausgegebene Denkschrift versucht über den Wandel der Weltwirtschaft Aufschluß zu geben. Und da es bei der Unzulänglichkeit der statistischen Erhellung der Produktionsergebnisse der verarbeitenden Industrien in den einzelnen Ländern nicht gut möglich ist, ein Gesamtbild der Produktion in der Welt (mit Einschluß der Fertigfabrikate) zu geben, beschränkt sich die Untersuchung auf die Feststellung der Produktionsergebnisse von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. So ergibt sich wohl nur ein rohes Bild von der wirtschaftlichen Affinität der einzelnen Erdteile; roh schon darum, weil die Feststellung der erzeugten Rohstoffmenge noch nichts über Umfang und Wert der daraus gewonnenen Produkte — je nach deren Grad der Spartheit, die man bei der Verarbeitung der Rohmaterials werten läßt, und je nach der Feinheit der Güter, die man daraus erzeugt, wie das Produktionsergebnis verschieden sein. Die statistische Erfassung der Rohstoffzeugung wird also nur unter Vorbehalten einer Abschätzung der Gütererzeugung insgesamt zugrunde gelegt werden können. Nichtsdestoweniger gibt die Untersuchung des Völkerbundes, die 52 Rohstoffe (14 Hauptnahrungsmittel und 42 Rohstoffe) umfaßt, ein anschauliches Bild von den Veränderungen, die im letzten Jahrzehnt in der Weltzeugung eingetreten sind. Fallen die Ergebnisse in Prozenten, einmal kurz und überfichtlich gegliedert zusammen:

Die Weltproduktion von Rohstoffen.

In	Von allen Rohstoffen erzeugt		Von Rohstoffen (menschl. Lebensmitteln) wurden erzeugt		Von der Gesamtproduktion jedes Gebiets entfielen auf die Erzeugung von Getreide und Nahrungsmitteln	
	Prozent		Prozent		Prozent	
	1913	1925	1913	1925	1913	1925
Europa	44,4	38,7	30,4	31,8	60,4	62,7
Nordamerika	29,8	28,7	35,9	38,7	41,1	37,7
Mittelamerika	1,3	2,2	1,0	1,5	70,4	68,6
Südamerika	3,9	4,4	9,2	5,1	42,1	46,5
Asien	11,1	12,9	13,4	9,9	51,6	46,4
Ozeanien	1,6	1,8	2,2	2,2	70,7	61,2
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	56,4	53,8

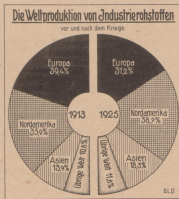
Wir sehen, wie Europa sinkt — vor dem unmittelbaren Weltkrieg — einen außerordentlich hohen Prozentsatz aller weltweiten Rohstoffe (Kohle, Eisen, sonstige Metalle, Chemikalien, Dinamit, Getreide und andere Nahrungsmittel) erzeugte und damit nicht nur seinen Bedarf in den meisten Rohstoffen selbst deckte, sondern auch andere Erdteile mit seinen Überschüssen versorgte. Europas Anteil an der Rohstoffproduktion betrug damals mehr als 43 v. H. Das anzuspähen pflegen, Nordamerika, kam erst — mit einer Rohstoffproduktion von 26,8 v. H. — in weitem Abstand hinter dem

alten Kontinent. Seitdem sind mehr als zwölf Jahre vergangen. Zwischen sinkt und jetzt liegt der Rest, u. a. seinen Schwerzeugen folgen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Wie weit sich die Weltproduktion der Welt im Jahre 1925? Zunächst eine überraschende Feststellung: alle Erdteile (abgesehen von Ozeanien, das seinen Produktionsstand gewahrt hat) haben ihre Rohstoffproduktion gegenüber der Vorkriegszeit mehr oder weniger gekürzt — mit Ausnahme von Europa, das, als einziger Kontinent, heute gegenüber weniger produziert als vor dem Kriege. Europas Anteil an der Weltproduktion ist auf 43,4 v. H. auf 38,7 v. H. gesunken, und sein Anteil an der gesamten Rohstoffproduktion der Welt ist um so geringer geworden, als die andere Erdteile, wie wir sehen, im Gegensatz zu Europa ihre Leistungen zu steigern vermochten. Europa hat also seine einmalige überragende Stellung nicht nur als Welt handelsfaktor eingebüßt; auch was die Erzeugung der wichtigsten — insbesondere industriellen — Rohstoffe anlangt, hat es sich überflügeln lassen. Die anderen Kontinente sind im Begriff, aufzukehren, und die einmaligen großen Abstände zwischen den Anteilssiffern der einzelnen Erdteile vermindern sich zusehends — zu Ungunsten von Europa. Nicht nur der Anteil Nordamerikas ist im Zunehmen begriffen. Auch auf den Anteil Asiens trifft dies, wenn auch in verringertem Umfang, zu. Und was für unser Erdteil von besonderer Tragweite ist: seine Güterproduktion ist — im Gegensatz zu den anderen Kontinenten — hinter seiner Bevölkerungsvermehrung zurückgeblieben.

Noch eine andere wichtige Tatsache bedarf der Erwähnung: In Europa entfiel im Jahre 1925 ein höherer Prozentsatz der Gesamtproduktion auf die Erzeugung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln als vor dem Kriege — im Gegensatz zu Nordamerika, das sich entgegen seiner sinkt ließ, die Produktion von Industrierohstoffen gegenüber der Erzeugung von Nahrungsmitteln zu steigern. Auch die anderen Erdteile — mit Ausnahme von Südamerika und Australasien, deren Bedeutung als Getreideexportländer gemindert ist — geben der Rohstoffproduktion gegenüber der Nahrungsmittelzeugung den Vorzug — nur Europa muß keine Kräfte anspannen und ein gut Teil seiner Arbeitsenergie (einen wesentlich größeren als vor dem Kriege!) darauf verwenden, den Nahrungsbedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Folge ist: in der Erzeugung von Industrierohstoffen (also ohne Nahrungsmittel) gegenüber dem Vorkriegsstand die fast gleichbedeutenden, zu Ungunsten Europas eingetreten, die das nebenstehende Schaubild verdeutlicht.

Es zeigt sich, daß ganz besonders in der Erzeugung von industriellen Rohstoffen Nordamerika den alten Kontinent weit überflügelt hat: Amerikas Anteil ist von 35,9 v. H. auf 38,7 v. H. gestiegen, während der europäische Anteil von 30,4 v. H. auf 31,2 v. H. gesunken ist. Ebenso wächst auch Asiens Bedeutung als Produktionsstätte von Industrierohstoffen. Diese Tendenz einer stärkeren Zunahme der Produktion von industriellen Rohstoffen in der Welt gegenüber der Erzeugung von Nahrungsmitteln (und diese Tendenz zeigt sich deutlich auch im Jahre 1926) erklärt sich zu einem großen Teil aus der Tatsache, daß die gesteigerte Kaufkraft wichtiger Länder, wie der Vereinigten Staaten, in den Nachkriegsjahren nicht so sehr der Hebung des Konsums an Nahrungsmitteln zugute gekommen ist — der sehrschonard bei in Frage kommenden Länder war in dieser Hinsicht noch zu sehr relativ niedrig — als vielmehr einer vergrößerten Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen.

Wenn auch bei einem Vergleich der Produktionsergebnisse der einzelnen Erdteile zu berücksichtigen ist, daß der Rückgang der europäischen Rohstoffproduktion nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit einer Minderung der Produktion von Industrierezugnissen, so ist doch die von Grund auf geänderte Lage auf dem Gebiet der Welt-Rohstoffzeugung — im Zusammenhang mit dem Rückgang des europäischen Anteils am Welthandel — ein unerkenntliches Symptom dafür, in welchem Grad unser Erdteil seine einmalige überragende Stellung in der Welt eingebüßt hat — in welchem Umfang und in welcher beschleunigten Tempo die wirtschaftliche Entthronung Europas sich vollzieht.



# Wochenende.

Von Robert Breuer.

Ein Leben in ungegliedelter Zeit ist nicht vorstellbar. Weder für Pflanze noch für Tier. Auch nicht für das Geflügel. Dem Menschen aber genügt nicht die primitive Teilung in Pulschläge, Atemzüge, Tag und Nacht, Sommer und Winter, Hunger und Sattsein, Wachen und Schlafen. Der Mensch sieht Anfang und Ende, Vergangenheit und Zukunft, Ursache und Wirkung. Der Mensch braucht, um leben zu können, Spannung, den Dialog zwischen Erwartung und Erfüllung. Der Mensch hat den rhythmischen Ablauf des Jahres kultisch organisiert; er hat Sabbat und Sonntag geheiligt. Während die vegetabile und animalische Welt Sommer- und Winterkleid wechselt, durchmischt der Mensch einen sinnvollen Kreis von festen, Art und Geschlecht dieser feste ist für die Station der kulturellen Entwicklung nicht weniger maßbestimmend, als die Echnifizierung des Arbeitsprojektes. Die Nutzung der Freizeit kennzeichnet Person und Volk aufschliender, als der Kampf um Sein und Lohn. Zeig mir, wie du feierst, und ich will dir sagen, wer du bist. —

Ohne Mühe lasse sich eine Apologie des Arbeitsintervalles schreiben, der Flachture des Ausruhens, nicht etwa nur des Schlafens, vielmehr des bewußten Gürtelschneidens, der aktiven Kiebbaberel, des handelnden Spielens. Feiern, Musizieren, Wandern, Sport sind hier zu nennen, auch Tiere pflegen und Tiere schliefen, den Garten umgraben, die Kaube anstreichen, den Balkon bepflanzen. Entscheidend ist: die Umschaltung des Gesamtseins, der hundertundachtziggradige Polwechsel, das Volkkommenanders. Auch die Freizeit kann Anstrengung sein. Bis zur Ermüdung. In solchem Zusammenhang ist Ausruhen nicht faulenzeln. Entscheidend bleibt: die Erweckung und Strapazierung eines sonst absetzts geschalteten Komplexes. Hygiene des Kontrastes. Soziologisch: Freiheit für den Eingesperrten, Auslösung des immanenten Herzensgefühls, Selbstbefehl über Zeit und Kraft. Medizinisch: Luft statt Staub, Sonne statt Hochfengelnut, gesteckter Aktionsradius statt minutiöser Spezialisierung, gerades Schreiten statt krummen Sitzens, Revolutionierung aller Muskeln und der Nerven statt monomener Beanspruchung eines isolierten Bündels. Das selendbiätische Geheimnis der Freizeit ist das Wiederzusammenwachsen des zerstückten Arbeitsinstrumentes zur kosmisch umfängeren Persönlichkeit.

In solchen Erwägungen wurzelt das nationalmoralische Recht des Wochenendes.



1900



1924



Wohlaube bei Berlin



Rast nach dem Freilub



Reine Sonntagsgarbe



Sonntaggarbe



Rein Frühstüb

Dargestellt von D. H. V.



Frühstüb

Dargestellt von D. H. V.



Frühstüb



Reines Wochenende

Von der Berliner Wochenendausstellung



Ein Schloss — jetzt Jugendburg



Schlafraum einer Jugendherberge



Friedliches Zelt

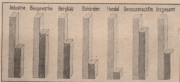


Der Natur ganz nahe



Des Sonnabendfrühstückes. Wie Dehmel es mit bildhafter Kürze sang: Nur Zeit! Nur Zeit! Ferien von der Pflicht; neue Möglichkeit zur Pflicht. Wochenende als Steigerung der Produktion, weil: Stärkung, Entgiftung und Verebelung des Arbeitenden. Wochenende — nicht irgendeine neue Verfügenheit, nicht Sentimentalität. Vielmehr: weitblickende Ökonomie der Volkskraft. Die Idee marschiert. Eine Etappe ist die vor einigen Tagen in Berlin eröffnete Ausstellung, die inhaltlich und wohlgeordnet einen Überblick gibt über Stabilisierung, Methode, Allgemeingültigkeit und Gestaltung des Wochenendes. Vortüchtig in Deutschland.

Noch ist der Sonnabendfrühstück bei uns nicht eherner Bestand, wie etwa in England. Eine Statistik der Afa ergibt für Angelegte nachfolgendes Bild:



Man sieht, daß, gemessen an den abgeschlossenen Tarifverträgen, die Forderung auf „Wochenende“ noch keine absolute, im Gegenteil sehr verschiedene Erfüllung hat. Der entsprechende Paragraph in den Tarifverträgen ist noch elastisch.

Inzwischen werden die Vorbereitungen getroffen, experimentieren die Pioniere; berichten (durch Schrift und Photographie) die Vorposten, die Wanderbögel, die Tourenruderer, die Sonderzügler, die Kaubenzolonisten; kontrollieren die Ärzte, die Krankenkassen, die Berufsorganisationen, indem sie (wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverein) vergleichen: die Zuhausebleibenden und die Wochenendler.

Inzwischen werden Fahrpreise ermäßigt und Herbergen gebaut, werden Zeitschriften und Bücher, Bilder und Kleider, erschließen immer aufs neue verfallte Städte sich der Natur und schicken ihre Sehnsucht, die Wälder und Wiesen, die Ströme und Berge nicht nur am konventionellen Mittag zu sehen, sondern in der Dämmerung des Morgens und in der sprechenden Nacht zu suchen.

Inzwischen wächst die Erkenntnis, daß für die weltpolitische Bedeutung eines Volkes gesunde Muskeln, feste Nerven, helle Augen und wache Seele entscheidender sind, als Alkohol, Niggertanz und Kino.



Aus deutschen Naturdenkmalen

(Nach Effenberger, Märkisches Land in Blüten und Grün. — Verlag Hugo Bernhäuser, Berlin-Lichterfelde)



Wochenendbrot im Mitternacht



Wanderbögel beim Abendbrot



Feuer im Freien



Freie Jugend



# Valorisationen als wirtschaftliches Kampfmittel.

Don Dr. Robert A. Zietz.

Rohstoffe und ihre Bedeutung im internationalen Wirtschaftslieben.

Der Krieg hat den Beweis erbracht, daß eines der wichtigsten Mittel der Weltpolitik die Herrschaft über gewisse für die Weltwirtschaft unentbehrliche Rohstoffe ist. Diese Erkenntnis ist in den Nachkriegsjahren, die der Neuorientierung der völlig zerrütteten Weltwirtschaftsverhältnisse gewidmet waren, vertieft worden. Die ungenügend stark in das Gefüge der internationalen Handelsbeziehungen eingreifende Verlagerung früherer Schwerpunkte hat neue Kraftkomplexe geschaffen, die wiederum zu völlig neuen Kampf- und Abwehrstellungen führten. Hat die weltwirtschaftliche Entwicklung vor dem Krieg einen, allerdings nur oberflächlichen, ausgearbeiteten Gleichgewichtszustand zwischen Agrar- und Industrie-ländern herausgearbeitet, so ist durch den Krieg die Lage in dieser Hinsicht völlig verändert worden. Ehemals agrarisch eingestufte Länder sind zu starker Industrialisierung übergegangen, und wenn sie auch im Kampf um die Rohstoffmärkte kein entscheidendes Wort mitzusprechen konnten, so tragen sie doch zur Verdrängung der Nachfrage aus den Weltmärkten bei und bewirken oft, daß ein Produkt, dessen Preisbewegung bis dahin verhältnismäßig ausgeglichen war, nach und nach in die Stellung eines Monopolartikels hineinwächst. So sehen wir heute den Weltmarkt durch das Streben nach einer Neuverteilung der Rohstoffe bedrängt, nach Schaffung neuer oder nach Erweiterung bereits bestehender Monopole begehrt. Wie Erich Ohl in seiner unlängst veröffentlichten bedeutsamen Arbeit „England, Europa und die Welt“ überzeugend dargelegt hat, ist Englands Kampf um die politische Macht, d. h. der britische Imperialismus, gleichbedeutend mit dem Streben nach einer möglichst weitgehenden Beherrschung der Weltmärkte, einmal zur Sicherstellung der Ernährung und dann zur Verjüngung der heimischen Industrie mit Rohstoffen.

## Dem Wesen der Valorisation.

Die letzten Jahre haben nun gezeigt, daß der Besitz eines Rohstoffmonopols allein nicht genügt, um auch eine für die Produzenten befriedigende Preisgestaltung zu gewährleisten. Sei es, daß auf der einen Seite technische Umwälzungen die Nachfrage plötzlich beeinträchtigen — was verhältnismäßig selten vorkommt —, sei es, daß auf der anderen Seite eine unerwartet stark answühlende Erzeugung auf die Nachfrage drückt, jedenfalls sind Beispiele genug vorhanden, die beweisen, daß die durch eine Monopolstellung bedingte Einseitigkeit oft die erwarteten Vorteile hinfällig werden läßt. Zu den modernen Waffen der Monopolpolitik gehört die Valorisation. Es ist dies ein Begriff, der in Vorkriegs-vokabularen der Wirtschaftswissenschaften verhältnismäßig selten vorkam. Man versteht darunter den Versuch bestimmter Interessentengruppen oder öffentlicher Stellen, die Preise eines Rohstoffes durch künstliche Maßnahmen zu beeinflussen. Verschiedene Wege können zu diesem Ziel führen. Durch eine geschickte Marktpolitik läßt sich das Angebot in einem Produkt der schwachenden Nachfrage anpassen. Dies setzt die finanzielle Möglichkeit einer Zurückhaltung vorhandener Vorräte voraus. Besonders Kaffee ist auf diese Weise wiederholt mit mehr oder weniger Erfolg valorisiert worden, und, wie schon hier darauf hinzuweisen ist, es gehört zu den Erregungswörtern der Weltwirtschaft, daß sich Amerika, als der Hauptabnehmer von Kaffee, in der letzten Zeit bereitgefunden hat, auf der Beseitigung der Preise durch Begrenzung einer Zulieferung mitzuwirken! Eine weitere Möglichkeit der Valorisation ist die Einschränkung der Erzeugung durch Verringerung der Anbaufläche oder durch andere die Verminderung der Produktion erzielende Mittel.

## Kaffee und Zucker.

Was die brasilianische Kaffeeproduktion anbelangt, so darf man aus der selten Erneuerung der einzelnen Valorisationsmaßnahmen nicht den Schluß ziehen, daß es sich um ein unbedingt erfolgreiches Experiment handelt. Wenn es Brasilien gelingen ist, die vor dem Krieg aufgewandten Kaffeeexportationen zu konstatieren, so ist der Krieg selbst diese Abwindung gefördernd. Seitdem die führenden Weltmächte wieder liberaler in Anspruch genommen werden können, ist auch Brasilien großzügiger in der Interventionspolitik. Im vergangenen Jahr hat es eine Anleihe von 10 Millionen Pfund in London aufgenommen, und, wie bereits erwähnt, ist die Emission einer weiteren Anleihe am New-Yorker Markt geplant. Die Methode besteht neuerdings in der hauptsächlich darin, die Zufuhr nach den Verlandebenen zu regulieren; dagegen kommt eine Beschränkung der Anbaufläche noch nicht in Frage. Diese Politik hat die Abschwächung der Kaffeepreise, die im Jahre 1924 recht erheblich war, nicht aufhalten können, was zum Teil auf die über Erwartetes reichliche Weltmärkte, zum Teil auch auf die Erparung der Zulieferer zurückzuführen ist.

Auf anderen Kolonialmärkten ist die beginnende Valorisation des Zuckers bemerkenswert. Die Versuche der kubanischen

Regierung, in die Marktverhältnisse dieses Produkts einzugreifen, setzten um die Jahreswende 1925/26 in der Weise ein, daß eine Produktionsbeschränkung verordnet wurde, die mit Strofen erzwingen werden sollte. Die Maßnahme war jedoch nicht ausreißend, und Ende des vergangenen Jahres sah die Regierung den Entschluß, eine schematische Begrenzung der Ernte auf 4,5 Millionen Tonnen vorzunehmen. Dieser Schritt trifft zusammen mit einer verhältnismäßig knappen Rübenquote in den Zuckererzeugländern und bewirkt eine starke Erhöhung der Preise. Es darf daran erinnert werden, daß vor dem Kriege eine internationale Bindung des Zuckermarktes durch die sogenannte Brüsseler Konvention bestand. Auch hier sind es Augenfeind, besonders die Philippinen, die an einen Dauererfolg der Verknappungspolitik nicht glauben lassen.

## Baumwolle.

In die neue Zeit fallen die Versuche, der seit Juli 1926 stattfindenden Tendenz der Baumwollpreise Einhalt zu gebieten. Hier haben in früheren Jahren der Wülfelfäule und eine ausreichende Beschäftigung der Baumwollindustrien für Korrekturen in der Marktpreisgestaltung gefolgt. Im vergangenen Jahr arbeiteten sich diese beiden Faktoren keineswegs in die Hände; im Gegenteil. Der Wülfelfäule — ein beliebtes Spekulationsobjekt der Baumwollhändler — verhielt sich recht ruhig, während auf der anderen Seite die Verwendung von Baumwolle infolge der allgemeinen Krisis und der weitgehenden Geldmangelumstellung der Verbraucher (Bevorzugung von Kunstseide) eine feste Einschränkung erfuhr. Der Preisfall von Baumwolle ist für die Weltwirtschaft von weit größerer Bedeutung als die rückläufige Bewegung einzelner Kolonialwaren. Amerika hat für dieses Produkt fast ein Monopol, wenn auch gewisse Qualitäten der ägyptischen Baumwolle bevorzugt werden. Die erste Valorisation setzte im September/Oktobre 1926 ein. Sie beschränkte sich aber zunächst auf langwierige Verhandlungen zwischen der Regierung und den Finanzkreisen und schließlich wurden den Farmern Kredite zur Verfügung gestellt, welche die Zurückhaltung von etwa 4 Millionen Ballen ermöglichten. Inzwischen muß berücksichtigt werden, daß auch schon in früheren Jahren eine liberale Exportfinanzierung stattgefunden hatte. Das Akkordamifizieren hat sich vergeblich bemüht, zunächst moralischen Einfluß im Sinne einer Anbau-beschränkung auf die Farmer auszuüben. Weiter wird die Einführung der Regierung auf die Produzenten auch in Zukunft nicht gehen.

## Kautschuk.

Die Kautschukvalorisation bietet das ausgefallene Beispiel einer Rohstoffkontrolle. Die Umstellung der Weltwirtschaft vom brasilianischen Kautschuk, der seinerseits der wichtige und steuerlich einträglichste Rohstoff des Landes war, auf Plantagenkautschuk ist ein beinahe tragisches Kapitel; die Preisbewegung dieses Rohstoffes fällt völlig aus dem Rahmen der sonst bekannnten Preisverwandlungen heraus. Es war ein bedeutender Zufall, daß parallel zur außerordentlichen Erweiterung der Produktionsbasis auf den Malaien die sprunghafte Entwicklung der Automobilindustrie hier, zur die ersten Umlände ist es zu verzeichnen, daß der Produktion eine einmündigen entsprechenden Nachfrage gegenüberstand und so zunächst eine dauernde Depression der Preise vermieden werden konnte. Trotzdem kam es in den letzten Jahren zu einem langsam steigenden Übergewicht der Produktion und so zu einem Preisrückgang, der vielen Plantagen das Arbeiten nicht mehr möglich machte. Hier setzte dann die Politik des Colonial Office ein, und heute ist durch ein auf ausgearbeitetes System der Exportfontingentierung, verbunden mit einer Steuer, scheinbar dafür gefolgt, daß der Preis nicht wesentlich von dem im Dezember 1926 erreichten Basis von 1 s 6 d bis 1 s 9 d pro engl. Pfund entfernen wird. Die letzten Schwankungen der Gummipreise haben im vergangenen Jahr die Verbraucher in den Vereinigten Staaten außerordentlich abgehängt, das auf Mittelamerika, auf den Philippinen und auf hiesigen amerikanischen Plantagen gegründet worden sind, besagt man sich wieder mit dem Problem des künstlichen Kautschuks, das bekanntlich durch deutsche Forscher, insbesondere durch den Direktor des Kohlenforschungsinstituts zu Breslau, Professor Hoffmann, in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden ist. Immerhin dürfte auf der heutigen Preisbasis der künstliche Kautschuk noch nicht in den Wettbewerb mit dem natürlichen Produkt treten können.

## Ebenermetalle.

Eine ähnliche Enttäuflung wie auf dem Baumwollmarkt erfahren die Amerikaner auf einem anderen Gebiet, auf dem sie sich in Monopolstellung dünken, nämlich auf dem Kupfermarkt. In den Jahren 1924 und 1925 ist trotz der beispiellosen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Wirtschaft für dieses Metall ein Preisfall erreicht worden, der bei vielen Gesellschaften die Unkosten



nicht mehr deckte. Gleichzeitig entstanden der amerikanischen Kupferindustrie Zulieferer in Afrika (Katanga), während andere Konkurrenten in Südamerika noch rechtzeitig unerschöpflich gemacht werden konnten. Da die geforderten Bestimmungen in den Vereinigten Staaten einer eigentlichen Krustpflüfung im Wege stehen, hoffen die amerikanischen Produzenten eine bessere Marktkontrolle durch Schaffung eines Ausfuhrzertifikats und durch Stilllegung mit den konfuzierenden Kupfergruben zu erreichen. Das Kartell ist im Spätherbst 1936 in Kraft getreten; doch erwiesen sich die Marktverhältnisse als überlegen, und die Konzernabsicht brachte einen neuen, bis dahin noch kaum erreichten Tiefstand der Kupferpreise.

Der Zusammenbruch der wichtigsten Silberproduzenten der Vereinigten Staaten und Kanadas zu der American Silver Producers Association kann ebenfalls als ein erster Versuch einer Dolorisierung für dieses klar in Preise gedrückte Metall betrachtet werden. Originell ist der Plan, der jüngst zur Kontrolle der Goldpreise publiziert worden ist. Die Eigenart des Goldes als Ware und als Zahlungsmittel bedingt naturgemäß eine völlig andere geartete Einmischung zur Preisfrage. Die Gelehrten sind sich über die Zukunft des Goldes nicht einig. Während der eine der Ansicht ist, daß die Möglichkeit einer Goldknappung, d. h. eines Steigens des Goldpreises besteht, glauben andere Sachverständige eher an einen Goldüberfluß und einen Bauffuß des selben Wertes als sie verlangen Schutz der überflutenden Produzenten. So plädiert der südafrikanische Professor Scheffels für die Errichtung einer Kontrollstelle im Goldhandel, ähnlich der auf dem Diamantenmarkt bestehenden.

### Die folgerungen für Deutschland.

Welche folgerungen ergeben sich nun für Deutschland aus diesen Kämpfen um die Rohstoffhoheit? Es besteht kein Zweifel, daß der Mangel an wichtigen Rohstoffen den Erzfindereifer der deutschen Forscher außerordentlich gefördert hat. Synthetischer Kautschuk ist, wie bereits erwähnt, von deutschen Gelehrten erfunden worden, und viele Anfragen aus Amerika beweisen, daß man auf spätere industrielle Verwertung der deutschen Patente Hoffnungen setzt. Der Kampf um das Öl scheint ebenfalls in ein neues Stadium zu treten. Gelingt es in Deutschland, die Kohlenveredlung in großem Maßstab durchzuführen, so wird Deutschland allmählich eine gewisse Unabhängigkeit von den internationalen Märkten erlangen. Dem Streben nach Unabhängigmachung von fremder Willkür ist jedoch eine Grenze gesetzt, besonders hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittel. In solchem Zusammenhang wird man die Forderung einer Rückgabe deutscher Kolonien unterstützen müssen. Deutschland hat in seinen afrikanischen Kolonien Plonierarbeit geleistet. Nicht nur in Kaffee, sondern auch in Cabot, Sisalhan und Kautschuk ist es den deutschen Pflanzern gelungen, die deutsche Zahlungsbilanz durch wachsende Einfuhren aus den eigenen Kolonien zu entlasten und der Gefahr einer einseitigen Preisentwertung zu steuern. Die Unabhängigkeit oder Unabhängigkeit der Marktartikel, die in den deutschen Kolonien begonnene Arbeit fortzusetzen, hat ihre Aufgabe gerade darin, daß diese Länder im Hinblick auf ihren alten Kolonialbesitz kein Interesse haben, neue Produktionsgebiete zu erschließen.

## Zur Wanderfürsorge.

Von Regierungsrat Dr. Richter.

Wenn man vom Wandern spricht, so denken die meisten Menschen an die alten Volkstümer, die von Wanderslust und -leid singen, oder an die köstliche Geschichte des Landstreichers Knulp, die uns Hermann Hesse besetzt hat. Aber die Zeiten haben sich seitdem gewandelt und die Wanderer, die wir jetzt auf der Landstraße treffen, haben nicht viel Romantisches an sich. Es ist ein buntes zusammengewürfeltes Volk, dessen Herkunft fastjedenfalls dem Statistiker erhebliche Schwierigkeiten bereiten dürfte. Sehr viele Bettler, Daghändler und andere soziale Elemente sind unter ihnen, die sich den Winter über in den Großstädten ver sorgen haben und sich im Sommer durch das Land hindurchziehen. Neben gibt es eine nicht unbedeutliche Zahl von Arbeitslosen, die in der trügerischen Hoffnung leben, auf ihren Wanderungen eine passende Arbeitsstelle zu finden. In dieser Gruppe trifft man auch recht viele Jugendliche an, die ihr Wandertreiben oft von einem Ende des Reiches zum anderen führt. Fast alle diese Arbeiter sind mittellos. Gelegenheitsarbeit, durch die sich die guten Elemente unter ihnen durchzubewegen hoffen, ist in unserer Zeit der organisierten Arbeitsvermittlung nur schwer zu finden. Dem Unblinden der Witterung ausgeleitet, durch die langen Winter und die damit verbundenen Strapazen erschöpft, geraten die Wanderer leicht in Not und müssen um Hilfe bitten. Hier zeigt die Aufgabe der Wandererfürsorge ein.

Wie auf anderen anderen Gebieten der Wohlfahrtspflege, so hat auch in der Wandererfürsorge die freie Selbsttätigkeit dem Staate Plonierdienste geleistet. Es war vor allem Pastor von Kobellshwing, der bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Problem in seiner ganzen Tragweite erkannte und für die „Bilder von der Landstraße“ in Bethel bei Bielefeld und an anderen Orten Arbeiterkolonien ins Leben rief, in denen die Wanderer durch geistliche Arbeit selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen mußten. „Arbeit hat Almosen“ ist die Lösung, unter der auch jetzt noch die meist von karitativen Organisationen geschaffenen Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten ihr segensreiches Werk vollbringen. Daneben haben sich Länder, Provinzen und Gemeinden im Rahmen der Armenfürsorge tatkräftig der Wanderer angenommen, ohne daß es indessen gelungen wäre, der Schwierigkeiten wirklich Herr zu werden oder auch nur die notwendige Einheitlichkeit der vor verschiedenen Stellen ausgehenden fürsorgemaßnahmen zu erreichen.

Da die Wanderer ihren Weg durch das ganze Reich nehmen und die Aufgaben, vor die sie die fürsorgeorgane stellen, in allen Landesteilen ungefähr die gleichen sind, lag es nahe, eine reichsweite Regelung der Wandererfürsorge anzustreben. Tatsächlich hat auch bereits im Jahre 1913 das damalige Reichsamt des Innern einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, der nur infolge des Krieges nicht weiter verfolgt werden konnte.

In der Nachkriegszeit sind die Aufgaben der Wandererfürsorge noch bedauerlicher geworden, weil sich infolge der Wirtschaftskrisis und der Massenarbeitslosigkeit die Zahl der Wanderer naturgemäß vervielfacht hat. Das fehlen einheitlicher Grundzüge für diesen fürsorgezweck machte sich hierbei föhrend bemerkbar. Während einzelne Landesteile über ein gut ausgebautes Netz von Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten verfügen, sind in anderen

Bezirken solche Einrichtungen kaum vorhanden, was zu einer sozial unermesslichen Abwertung des Wandererexistenzes und zu einer ungeredeten Verteilung der fürsorgeleistungen führt.

Die Einzelunterstützung der hilfsbedürftigen Wanderer obliegt seit dem Inkrafttreten der fürsorgeverordnungen dem Bezirksfürsorgeverbänden (Stadt- und Landkreis, in Süddeutschland Bezirke). Wenn sie auch leistungsfähiger sind als die unter der Herrschaft des alten Armenrechts zuzuhilfen Gemeinden, so ist doch auch die Bezirkswirtschaft nicht unumänglich genug, um die Schaffung größerer fürsorgeeinrichtungen zu finanzieren. Auch wollen die Bestimmungen der fürsorgegesetzliche hilfsbedürftige Wanderer mit unzulänglichen Unterstützung abschließen, um nicht mit den Kosten wirklich ausreichender fürsorgemaßnahmen belastet zu werden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist die Forderung nach einer reichsweiten Regelung der Wandererfürsorge erneut mit Nachdruck erhoben worden. Sie ist namentlich aus den großen Wandererfürsorgeverbänden — dem Zentralverband deutscher Arbeiterkolonien, dem Deutschen Herbergswesen und dem Gesamtverband deutscher Wanderarbeitsstätten (Verpflegungskation) — ausgegangen; die sich in ihrer praktischen Arbeit durch den gegenwärtigen Rechtszustand beschränkt fühlten. Die zuständigen Reichsstellen haben sich dieser Forderung nicht unerwartlich entgegen und vor kurzen den Entwurf eines Reichsgesetzes über das Wandertreiben der Heimatlosen der unterbreitet (Reichsratsbeilage 1927 Nr. 9). Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes, das den Ländern und den ausführenden Organen der Wandererfürsorge den erforderlichen Spielraum läßt. Da das neue fürsorgegesetz erst seit drei Jahren in Kraft ist und Änderungen nach so kurzer Zeit nur Verwirrung schaffen könnten, beschränkt sich der Entwurf darauf, die Bedürfnisse der Wandererfürsorge im Rahmen des geltenden fürsorgegesetzes zu berücksichtigen. Gleichwohl geht der Entwurf eines der Kernprobleme der Wandererfürsorge an, indem er in den Landesfürsorgeverbänden (Länder bzw. Provinzen) der Wandererfürsorge verantwortliche und leistungsfähige Träger gibt. Die Landesfürsorgeverbände werden also, sofern das Land nichts anderes bestimmt, an die Stelle der in ihren Gebieten liegenden Bezirksfürsorgeverbände treten, die für diese Aufgabe zumeist nicht groß und finanziell kräftig genug waren. Es wird damit einer von jeder im fürsorgegesetz geltenden Übung entsprochen, Aufgaben, deren Bedeutung über den örtlichen Bezirk hinausgeht und dessen Leistungsfähigkeit übersteigt, dem weiteren oder übergeordneten Verbände zu übertragen. Sache der Landesfürsorgeverbände wird es in Zukunft sein, im Einvernehmen mit den Bezirksfürsorgeverbänden ihres Bereichs und den benachbarten Landesfürsorgeverbänden nach und nach ein einheitliches Netz von fürsorgeeinrichtungen zur Aufnahme und Entlastung des Wandererexistenzes zu schaffen.

Der Entwurf sieht weiter für die Reichsregierung die Ermächtigung zum Erlass einheitlicher Grundzüge über das Wandertreiben vor. Neben der zweckmäßigen Gestaltung der praktischen fürsorgearbeit werden diese Grundzüge vorwiegend fragen polizeilichen Charakters, insbesondere die etwaige Schaffung von Wander-

fragen und die Einführung von Wanderpapieren behandeln müßten. Ferner wird die Frage der Arbeitsvermittlung für die Wanderer in den Grundlagern eine wichtige Rolle spielen. Die eingehenden Vorschläge, welche die Wandererfürsorgeerbände für die Regelung aller dieser Fragen gemacht haben, werden für die Grundlagern des Reiches wertvolles Material bieten.

Es ist bemerkenswert, daß der Entwurf ausschließlich von fürsorgefähigen Geschäftsmännern ausging und nicht härter die Wanderere berücksichtigt, die arbeitsvermittlungsfähig sind und einen

Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Man hat vorge schlagen, diesen Perlonen auch während der Wanderschaft die Beiträge der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, und zwar in Form von Naturalabgaben. Die Stellung zu diesem Vorschlag ist von der Dorfage abhängig, ob man auch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen glaubt, das Wandern begünstigen zu sollen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die Generalkonferenzen, die in früheren Zeiten ihren Mitgliedern sehr erhebliche Reiseunterstützungen gewährten, dem Vorschlag ablehnend gegenübersehen.

## Zur Zeitgeschichte

### Die dritte Abrüstungskonferenz.

Artikel 8 des Völkervertrages, sowie die Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages enthalten die Forderung der allgemeinen Abrüstung als Folge der durchgeführten Abrüstung der im Weltkriege unterliegenden Zentralmächte. Wie bekannt, ist diese Forderung, ohne deren Verwirklichung die Institution des Völkervertrages ihren Sinn verlieren würde, bis zur Lösung der Sicherheitsfrage in Locarno und der dort erfolgten Bereitwilligkeitserklärung Deutschlands zum Eintritt in den Völkerverbund mit wechselnder Begründung immer wieder hinausgeschoben worden. Im Mai vorigen Jahres ist dann mit deutscher Beteiligung die Erste Vorbereitende Abrüstungskonferenz<sup>1)</sup> zustande gekommen, deren Fortsetzung von zwei Unter-ausschüssen, einem militärischen und einem wirtschaftlichen, nahezu permanent betrieben wurde. Diese Ausschüsse haben sich mit der Verantwortung des von der Konferenz aufgestellten Fragebogens beschäftigt: eine Arbeit, die schließlich in zwei voluminösen Berichten, die militär-politischen Handbüchern zur Abrüstungsfrage gleichkommen, festgelegt worden ist. Diese erste Vorkonferenz und ihre Unter-ausschüsse haben indes nur den Erfolg gezeitigt, daß die Abrüstungsdebatte überhaupt in Gang kam, daß sie von der frankreich in den Vorkonferenz gerückten Sicherheitsfrage, deren Lösung dem Völkerverbund überlassen wurde, getrennt wurde, und daß die französische These von den potentiellen Krisenkräften, daß bei jeder Säbelozege der Abrüstung leitend der Mittelmächtig geachtet werden könnte, von den Verhandlungen grundtätig ausgeschlossen blieb. Die zweite Vorkonferenz, die nur wenige Tage der dritten Septemberwoche in Anspruch nahm, ist außer der prinzipiellen Erklärung des Staatssekretärs von Schubert zur Frage kaum beachtet worden, da sie im Rahmen jener Vollerfassung des Völkervertrages stattfand, in der Deutschlands Einzug in Genf erfolgte. So hat erst die dritte Vorkonferenz, die in diesen Tagen voranschreitend in Genua geht und dann mit Entschneidung der für die Kommissionen weiterhin arbeitsreich verlaufenden Hesperiden fünf Wochen lang getagt hat, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die hier behandelten verwidelten Probleme zu lenken vermocht.

Der Zweck dieser Tagung war die Vorbereitung eines Konventionssentwurfes, der der eigentlichen großen Abrüstungskonferenz zur Beratung und Beschließung vorgelegt werden sollte. Der Verlauf der Verhandlungen macht es aber bei Niederschrift dieser Zeilen wahrscheinlich, daß schon nach ihrer Fertigstellung die Konferenz ohne Erreichung ihres Zieles bereits gescheitert sein wird. Ein Eintritten in die zweite Lesung des Entwurfes, der auf Grund des englischen Memorandums und des französischen Gegenentwurfes unter Zugrundelegung der bei den Beratungen vorgebrachten Anträge und Vorbehalte durch Gegenüberstellung der einzelnen mildernden Bestimmungen ausgebaut kam, würde bei der ersten Lesung nur mühsam verhandelbare Gegenstände erneut zum Durchbruch bringen und die Debatte auf unabsehbare Zeit verlängern. Infolgedessen wird die zweite Lesung vermutlich erst auf einer dritten Vorkonferenz erfolgen können, die vielleicht wie die zweite im vorigen Jahre, während der Herbsttagung der Völkerverbundversammlung tagen kann. Das Zustandekommen der großen Abrüstungskonferenz, das Lord Robert Cecil schon vor Jahresfrist „kaum vor Ende 1927“ erwartete, ist dagegen nach den bei den diesmaligen Verhandlungen zutage getretenen Differenzen der französischen und der englisch-amerikanischen Gruppe, gar nicht abzusehen, solange die Ergebnisse der zweiten Lesung nicht Klarheit schaffen.

Daneben ist nur soviel sicher, daß keine wesentliche Frage geregelt werden konnte, weil auf der einen Seite Frankreich seine militärische Vorkonferenz nicht durch international gültige Abrüstungsbestimmungen beeinträchtigen lassen möchte und weil auf der anderen Seite die Seemächte England und Amerika ihre maritime Stellung behaupten und vor allem nicht zugunsten französischer Doherkriegsgeheimnisse zu Lande, zu Wasser und in der Luft beschränkt zu sehen wünschen. So sind die Gegensätze von vornherein unvereinbar gewesen, da eine Gruppe die andere abrüsten möchte und niemand die sich selbst hand anlegen will. Schon am ersten Sitzungstage ist

Paul Boncour, der französische Hauptdelegierte und Militärattaché, durch die Vorlage des englischen Konventionssentwurfes sehr unangenehm berührt gewesen. Er hat unmittelbar darauf mit einem französischen Gegenprojekt geantwortet, am dem französischen Standpunkt gegenüber den angelsächsischen Nachdruck zu verleihen. Aus der Gegenüberstellung dieser Entwürfe ergab sich auf der Konferenz bald eine Gruppierung der Mächte, innerhalb deren Deutschland, wenn es sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, daß ihm die Verantwortung für die Mißerfolge der Konferenz aufgebürdet werden würde, eine sehr vorläufige Stellung einnehmen mußte. Dennoch entsprach diese Stellung zwischen den Gruppen auch wieder der Natur der Dinge, da Deutschland als die zwangsweise abgerüstete Großmacht mit dem durch den Versailles Vertrag vertriebenen Anspruch auf Abrüstungsbeginn auch bei den Nachdruck an nichts anderem als an der objektiven Abrüstungsinteressen hat. So konnte Deutschland in der Frage der Sandabrüstung im wesentlichen mit der angelsächsischen Gruppe und in der Frage der Seebrüstung im wesentlichen mit der französisch-romanischen Gruppe gehen. Höchstens bei der Luftabrüstung mußte Deutschland das übrigens selbstverwundliche egoistische Interesse vertreten, daß die Abrüstung der Luftstoffe sich nicht gegen die wieder im Aufstieg begriffene Zivilluftfahrt, sondern an die Militärluftflotte der noch unabgerüsteten Mächte wende. Anders zeigt sich dieser Hinweis, daß die französische Oberleute von dem Krisenpotenzial der Anderen, mit dem Frankreich die Abneigung gegen die Abrüstung im eigenen Lande begründen möchte, trotz ihrer Ablehnung durch die erste Vorkonferenz noch immer in den Köpfen der französischen Abrüstungsdelegation haften.

Daneben hinaus ist aber bei den Debatten das eigentliche Ziel, die allgemeine Abrüstung, die der gewaltsamen Abrüstung der Mittelmächtig nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und der Völkerverfassung folgen sollte, um eine wirksame Befriedigung Europas herbeizuführen, in Vergessenheit geraten. Im Laufe der Verhandlungen ist aus der Abrüstung die Abrüstungsvereinbarung, aus dieser die Abrüstungsbeschränkung geworden; und selbst dieses Ziel der Beschränkung der Abrüstungsfreiheit der Großmächte, das im Sinne des Grafen Bernhoff zu jenen „Scheitlungen“ gehören würde, zu der Deutschland nicht seine Unterstützung geben dürfte, erschien dem Belgier de Brocaudé so wenig erreichbar, daß er sich mit der einfachen Bekanntheit des Abrüstungsprogrammes der Einzelmächte als Konferenzergebnis anscheinend schon zufrieden geben möchte. Je mehr man sich in die Debatte verliert, um so deutlicher wird die Erkenntnis, daß nach echter Abrüstungswille, wie er bei der Vertretung bereits abgerüsteter Mächte wie Deutschland zum Ausdruck gelangte, ein Ergebnis herbeizuführen könnte. Dabingegen droht der Wille der stark gerüsteten Mächte, die je nach ihrem Interessengebiet entweder zu Lande oder zu Wasser oder in der Luft ihre Abrüstung beibehalten wollen, auch die große Abrüstungskonferenz der Zukunft zur Erfolglosigkeit zu verurteilen und die geschichtliche Entwicklung um eine Möglichkeit zu betrügen, die der Menschheit eine bessere Zukunft eröffnen könnte.

Wie weit entfernt man von diesem idealen Ziele noch ist, lehrt der Vergleich der deutschen Einstellung zur Frage mit derjenigen der stark gerüsteten Großmächte. Während der deutsche Vertreter von Anfang an jede Teilung für unbefriedigend erklärte und die Herabsetzung der Abrüstungen fast ihrer Vergebung forderte, weil die allgemeine Abrüstung als Endziel im Auge behalten werden müsse und Deutschland auf ihre Einleitung ein juristisches und moralisches Recht habe, suchten Franzosen und Belgier gelegentlich sogar diese Befugnis auf den Versailles Vertrag zu stützen. Wohingegen sie dem Artikel 28 des französischen Abrüstungsentwurfes Geltung zu verschaffen wählten, der ausdrücklich befragt, daß sich keine zur Abrüstungsfrage etwa getroffenen Beschlüsse die aus dem Versailles Vertrag in der gleichen Frage ansetzen. Eine Ermäßigung geändert werden dürfen. Ein anderes Beispiel: Der englische Entwurf sieht eine Beschränkung der stehenden Heere einschließlich derjenigen ausgebildeten Reservisten vor, die bei der Mobilisierung sofort verfügbar sind; der französische Entwurf operiert mit dem Begriff der „Effektiven“ der aktiv dienenden Mannschaften, wie er auch die Beschränkung des Kriegsmaterials lediglich im Wege

<sup>1)</sup> Dgl. „Heimatdienst“, Jahrgang VI, Heft 12 vom 15. Juni 1926.

der Ausgabenbeschränkung vorliegt, während er ebenso wie bei den lebenden Referenten die richtigen Referenten an Kriegsmaterial, die 3. B. Deutschland vollständig abliefern oder vernichten mußte, keinerlei Beschränkung unterwerfen will. Demgegenüber hat sich die deutsche Delegation selbstverständlich für die Erfüllung der Referenten an Menschen und Material energisch aussprechen müssen. Im Kinde der französischen Heeresorganisation, die die ganze Nation im Kriegsfall in den Dienst des Krieges stellt, ist diese französische Abrüstungsstille begrifflich, gänzlich unbrauchbar oder erscheint sie für eine Einleitung zur allgemeinen Abrüstung, wie sie die im Weltkriege unterlegenen Mittelmächte als Äquivalent für ihre gewaltsame Abrüstung in Aussicht gestellt worden ist und wie sie von diesen auch mit Rücksicht auf ihre Sicherheit gefordert werden muß, wenn anders nicht der Ruf nach Wiederaufrüstung hier unwiderruflich werden soll. Auch in der Frage der Luftstreitkräfte möchte Frankreich nicht nur die rein militärischen Jahressätze, wie es der englische Vorschlag vorsieht, der Willkürbeliebenheit unterwerfen, sondern auch die zitierte Beschränkung aus den schon erwähnten Motiven zur Abrüstung mit heranziehen. Hier aber wie in der Frage der Rüstungskontrolle, in der vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch Italien, sich unangenehm zeigten, wurde keinerlei Ergebnis erzielt. Nur der deutsche Standpunkt, der die zitierte Luftfahrt unangefastet läßt und Mannschaften wie Materialbefände nach Möglichkeit herabgesetzt sehen will, erscheint in dem Widerspruch der Meinungen logisch und konsequent.

In der Frage der Seeverblichung hat sich Deutschland den französischen Anschauung angeschlossen, daß nicht nur die maritimen Streitkräfte an Schiffen, sondern auch an Mannschaften der Beschränkung unterliegen müssen. Im übrigen erhob sich in dieser Frage, die ja auf Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten in einer Konferenz der Seemächte in Genf gefordert von den Abrüstungsverträgen des Völkervertrages behandelt werden wird, ein wesentlicher Gegensatz zwischen dem französischen und dem englischen Abrüstungsstandpunkt. So wünscht der englische Entwurf die Grundzüge des Washingtoner Abkommens über die Beschränkung der Tonnage für große Kriegsschiffe auch für die übrigen kleineren Seestreitkräfte wie Kreuzer, Untersee- und Torpedoboote auszudehnen, um die britische Seeherrschaft zu erhalten. Der französische Entwurf will dagegen die Gesamttonnage als einzig brauchbaren Maßstab für die Abrüstung ansehen und jedem Staat ein bestimmtes Höchstmaß an Tonnage zurechnen, ohne ihm Vorschriften über dessen Verteilung auf die verschiedenen Schiffskategorien zu machen. In dieser Frage haben auch die Italiener dem französischen Standpunkt energisch beigetreten, weil natürlich die kleineren Seemächte ein wesentliches Interesse daran haben, daß ihnen nicht die Möglichkeit genommen wird, statt der kostspieligen Großkampfschiffe eine größere Anzahl kleinerer Seestreitkräfte zu bauen. Aber auch in dieser Frage ist keinerlei Einigung erfolgt.

Die Enttäuschung, die sich überall wegen des Verlaufs der dritten Abrüstungskonferenz geltend macht, will diese keine Ansichten auf greifbare Resultate in naher Zeit eröffnen, ist gewiß begründet. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß die Probleme der Abrüstung, so sehr sich auch manche Großmächte ihrer Lösung noch entgegenkommen, noch niemals vor aller Welt in solcher Ausführllichkeit erörtert worden sind. Was früher nur im Dunkel der Kabinets- oder in geschlossenen Konferenzen erwohnen wurde, wird heute unter den Augen der Weltpresse und in voller Erkenntnis der Tragweite dieser Verhandlungen zur Diskussion gestellt. Auch die ergebnislos verlaufende Abrüstungskonferenz ist daher nicht mehr wie früher nur die Angelegenheit passivistischer Kreise, sondern eine Frage, die nach dem für alle europäischen Teilnehmer veräußerlichen Kriege zu erneuten Nachdenken zwingen muß. Die abgerüsteten Länder aber und Deutschland besonders haben, je mehr sie wieder zu Kräften kommen, um so größeres Interesse, das Abrüstungsverprechen des Verlaßes der Verträge, das eines der ganz wenigen Vorteile dieses unglücklichen Friedensinstrumentes darstellt, als Ideal hochzubalten und durch Scheitlungen nicht verunkeln zu lassen. Dabei wird immer im Auge zu behalten sein, daß nicht die Verhinderung des Weiterleitens wie vor 1914, sondern die Einleitung der allgemeinen Abrüstung das Ziel ist, das wir von Genf verlangen müssen.

## Der Kampf der Memeler um ihre Autonomie.

Die neuesten Meldungen aus dem Memelgebiet zeigen, daß die Autonomie des Landes, die unter den schweren Umständen verknüpft wurde, heute fester denn je gesichert ist. Ende März des Jahres wurde dem verdienstvollen Leiter des Schulwesens im Kreise Heydeburg, Schulrat Meyer, seine Stellung gekündigt, und zwar unter dem merkwürdigen Vorwand, daß er Behauptungen aufgestellt habe, die geeignet gewesen seien, das Ansehen der Regierung des Memellandes herabzusetzen. Kurze Zeit darauf wurde auch dem Direktionsleiter im Memelgebiet, Kutzer, seine Stellung vom Direktorium gekündigt. Alles spricht dafür, daß diese Maßnahmen gegen das memelländische Beamtentum nicht vereinzelt bleiben

werden. Es ist offenbar eine Ausschaltung der führenden deutschen Elemente beabsichtigt. Zugleich wird ein entscheidendes Schritt gegen die Memellautonomie und das Memelstatut vorbereitet. Konvention und Statut sind fernerzeit vom Döberbusch zur Festlegung und Sicherung der Autonomie des Memelgebietes innerhalb des litauischen Staates und zum Schutze des deutschen Elementes im Memelgebiete vereinbart und von der litauischen Regierung feierlich anerkannt und unterzeichnet worden. In offenbarem Widerspruch zu diesen Verpflichtungen wollen Gouverneur und Direktorium jetzt Kontrollkommissionen zur Überwachung der Ausübung der Memelkonvention und zur Aufdeckung angeblich vorhandener Mißstände einführen. Als Grund für die Einrichtung dieser Kommissionen wird angeführt, daß die tatsächlichen Verhältnisse im Schulwesen, in der Verwaltung und auf andern Gebieten nicht mit den Bestimmungen der Konvention übereinstimmen. Die Kompetenzen der autonomen Behörden des Memelgebietes sollen zwar angeblich durch die neuen Kommissionen nicht eingeschränkt werden, die memelländische Bevölkerung fürchtet aber sicher nicht mit Unrecht als praktische Auswirkung der neuen Maßnahme eine Einschränkung, vielleicht sogar die Vernichtung der Autonomie. Diese Gefahr ist um so größer, als der memelländische Landtag zur Zeit aufgelöst ist, also keinen Protest erheben kann. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß Gouverneur und Direktorium die Festlegung dieser Kontrollkommissionen vornehmen, ehe der Landtag überhaupt besetzt werden kann. Unter diesen Umständen würden die Kommissionen vornehmlich eine ganz einseitige litauische Zusammenfassung erhalten.

Es kennzeichnet die eigenartige Natur der Verhältnisse im Memelgebiet, daß Direktorium und Landtag sich bisher auf die Bildung einer tragfähigen Regierung nicht einigen konnten, daß der Landtag schließlich unter der Herrschaft der Militärdiktatur am 22. Januar d. J. aufgelöst wurde und daß die Neuwahlen zu diesem Landtag, die ursprünglich auf den 4. März d. J. angesetzt waren, auf den 8. April und seitdem immer weiter hinausgeschoben werden. Immer aus neuer wird die Neuwahl von litauischer Seite an die Bedingung geknüpft, daß jeder Großlitauer, der im Memelgebiet sich aufhält, auch die litauischen Soldaten, in diesem Gebiete wahlberechtigt sein sollen. Dieser Standpunkt wird von den deutschen Parteien und auch vom Gouverneur der Memel energisch zurückgewiesen, da er zu dem Begriff der Autonomie des Landes in direktem Gegensatz steht. Nimmte verluchen die litauischen Behörden den Wahlbehörden, die bisher fast nur aus Deutschen bestanden, eine andere Zusammensetzung zu geben, um die Aufnahme der Großlitauer in die Wahlen zu erzwingen. Das derselbe Direktorium Schwelmas geht nach dieser Richtung mit den schärfsten Mitteln vor. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Parteien des Memelgebietes sich durch solche Druckmittel irremachen lassen. Sie werden weiter für die Selbstbestimmungsrecht kämpfen und nötigenfalls sich an den Völkerrund wenden müssen. Niemand kann ihnen verdenken, wenn sie für ihr höchstes Gut, die Autonomie, bis zum letzten Atemzuge kämpfen. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange stehen für sie auf dem Spiel, die Wirtschaft des Landes liegt schwer darnieder. Die Holzindustrie, das Rüdiger der Memeler Wirtschaft, verfallend, der Memeler Hofen verodet, die Presse ist in ihrer Selbstständigkeit gefährdet. Preiserhöhungen und Beamtenausweisungen sind an der Tagesordnung. Hier steht eine ganze Kultur, die deutsche Kultur, auf dem Spiel. Die deutsche Kultur, Erziehung und Festigung lauten Gefahr, von ihrer ursprünglichen Höhe herabzurufen. Unzweifelhaft war das deutsche Element im Memelgebiet, was überhaupt im Osten, das selbstbildend und fruchtbarstehende Element. Die Litauer würden sich selbst schädigen, wenn sie dieses wertvolle Kultur-element vernichten würden.

## Die polnischen Maßnahmen im ober-schlesischen Schulkonflikt.

In dem ober-schlesischen Schulkonflikt, der dadurch entstanden war, daß die polnischen Schulbehörden die Anmeldungen von mehr als 7000 Kindern für die deutschen Minderheitschulen für unzulässig erklärt hatten, war bei der Tagung des Völkervertrats im März dieses Jahres ein Kompromiß zutage gekommen, wonach die polnischen Behörden den größeren Teil dieser Kinder in die deutschen Schulen aufnehmen und die Bestimmungen der Erziehungsberechtigten einhalten sollten, während für einen kleineren Teil der Kinder, unter der Zuziehung eines Schweizer Schulmanns festgelegt werden sollte, ob sie hinreichende deutsche Sprachkenntnisse für den Besuch deutscher Schulen besitzen. Am 19. April hat nun der polnische Wojewode in Katowitz dem deutschen Abgeordneten Illig eine Erklärung darüber abgegeben, welche Maßnahmen die polnischen Behörden auf Grund dieser Entscheidung des Völkervertrats veranlassen würden. Nach dieser Erklärung sind seit dem 9. April seine Polizeikräfte mehr verhängt worden. Wegen der gerichtlichen Befragungen will sich der

Wojewode mit den Gerichtsbehörden in Verbindung setzen. Die deutschen Kinder sollen so bald wie möglich in deutsche Schulen aufgenommen werden.

Diese sehr verspäteten Anordnungen der polnischen Behörden müssen als eine sehr wenig befriedigende Ausföhrung der Genfer Entscheidung bezeichnert werden. Seit dem Tag dieser Entscheidung, dem 12. März, haben die polnischen Polizei- und Gerichtsbehörden nicht weniger als 658 Bestrafungen gegen Erziehungsberechtigte ausgesprochen, und die Einlieferung der gerichtlichen Bestrafungen wird auch heute noch nicht fihergestellt, obwohl die polnischen Behörden als Kläger nur ihre Klagen juridizierbar brauchten. Vor allem aber ist gar keine Ermöhrd dafür geübt, daß die Tausende von deutschen Kindern, deren Aufnahme in deutsche Schulen nach dem Befehl des Genf zu erfolgen hat, nun in nächster Zeit auch wirklich aufgenommen werden, obwohl Deutschland auf diesen Kompostri hauptsächlich deswegen eingegangen ist, weil dadurch den Kindern, die seit mindestens dreizehn Jahren überhaupt keine Schule besuchen, endlich der Unterriht gesichert werden sollte. Die Juridizialzahlung bereits verhängter Strafen hat der Wojewode ausdröcklich abgelehnt.

Ob es den polnischen Behörden nunmehr damit Ernst ist, die Aufnahmen in deutsche Schulen durchzuführen, zu denen sie verpflichtet sind, bleibt abzuwarten. Jedensalls muß damit gerechnet werden, daß der Konflikt bei der mangelhaften Ausföhrung der im Genf übernommenen Verpflichtungen noch nicht erldigt ist.

### Die Baranya-Konferenz in Sünfirchen.

Der größte und wichtigste Teil des Deutschturns im heutigen Ungarn liegt im der sogenannten Baranya, östlich von Sünfirchen. Dies Gebiet wird mitunter auch die „Schwäbische Türkei“ genannt. Die deutsche Bevölkerung dort geht auf den Pringen Ungarn zurück, der nach der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft eine große Kolonisation im Sünfircher Gebiet erhielt und Kolonisten aus Schwaben berief. Die Begriffe „Ungarn“ und „Türkei“ waren damals unter den schwäbischen Bauern nicht so sehr voneinander getrennt.

Im ganzen gibt es in Ungarn noch reichlich eine halbe Million Deutsche, so gut wie ausschließlich Bayern. Die eine Millionengruppe liegt dicht bei Budapest und zieht sich von dort durch das Schilbgebirge und den Bakonwald nach Südböhen; eine zweite, kleinere, liegt südlich von Budapest auf dem linken Donauufer, die sogenannte Batscha, und die dritte, im Winkel zwischen Donau und Drau, bei Mohacz und Sünfirchen, ist die Baranya, wo die Deutschen zum großen Teil Weinbauern sind.

Durch die ungarische Regierungserordnung vom 22. Juni 1923 wurde, mit einigen Vorbehalten, den ungarländischen Deutschen der Gebrauch der Muttersprache im Verkehr mit den Behörden, die Einrichtung von muttersprachigen oder gemischtprachigen Schulen und die Gründung von deutschen Kultur- und Wirtschaftvereinen als Recht eingeräumt. Dabei kam natürlich das meiste darauf an, wie die Verwaltungsböden sich in der Praxis zu der Verordnung stellen, und wie die Deutschen das ihnen aus dem Papier fließende Recht ausnützen würden. Für den letzteren Zweck wurde der „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein“ gegründet, der von dem früheren deutschen Nationalitätenminister, Professor Jakob Meyer, einem höchst verdienstvollen, zielbewußten und zugleich flug-vorlichtigen Mann geleitet wird. Das Organ der deutschen Bewegung in Ungarn ist das in Budapest erscheinende „Sonntagsblatt“, das Maffler einer populär wirkenden deutschen Minderheitenszeitung.

Bisher war trotz der Verordnung von 1923 die Baranya auf administrativem Wege für die Arbeit des Volksbildungsvereins so gut wie gelockert. Bei der letzten ungarischen Parlamentswahl gelang es aber Meyer trotzdem, seine deutsche Stimme noch zu vernehmen, daß als ausnahmsweise deutscher Kandidat einen Sitz im Abgeordnetenhaus erhielt. Jetzt ist nun auch für den Volksbildungsverein der entscheidende Durchbruch erfolgt, und auf einer Versammlung in Sünfirchen zwischen deutschen und magyarischen politischen Führern ist die Freigabe der Baranya für die deutsche Arbeit erfolgt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach an allen Orten, wo die deutsche Bevölkerung den Wunsch nach Einrichtung einer Ortsgruppe äußert, eine solche ohne Gewährung von magyarischer Seite gegründet werden soll. Das Bescheidende dabei ist die hierfür gegebene Begründung:

„Daß seit Kriegsende außerhalb der Grenzen Ungarns magyarische Minderheiten vorhanden seien, und daß, wenn man das Majoratium derselben erhalten wolle, vor der Welt dokumentiert werden müsse, daß die deutsche Minderheit in Kumpfen Ungarns in sprachlicher und kultureller Hinsicht alles erhalten hat, was zu ihrer politischen Existenz und freien Entwicklung notwendig ist.“

Dr. Paul Rohrbach.

### Die Frauen und das politische Wahlrecht.

Von Dr. Hartwig, Direktor d. Stat. Landesamtes in Kföbed.

Es sind jetzt gut acht Jahre her, daß die Frauen bei uns das politische Wahlrecht erhielten. Sie haben sich wohl meist darüber gefreut, zum Teil es aber auch grundföhrlich oder doch instinktiv abgelehnt. Es verlohnt sich deshalb, einmal zu unteruchen, in welchem Umfang und in welcher Richtung sie im Laufe der Jahre von ihm Gebrauch gemacht haben.

1. Die Wahlbeteiligung der Frau ist überall in Deutschland festzustellen, man braucht nur die Wählerlisten auszusuchen und die Zahl der eingetragenen Wählerinnen mit denen, die abgestimmt haben, zu vergleichen. Eine solche Auszählung macht aber naturgemäß viel Arbeit und wird deshalb meist unterlassen. Soweit sie vorgenommen wurde, ergab sie überall das gleiche Ergebnis: Die Frauen machten in fast allen Fällen eine geringere Beteiligung am Wahlrecht Gebrauch.

Die Wahlbeteiligung in Deutschland nach dem Geschlecht.

Gebiet	Jahr und Anlaß der Wahl	von 100 wahlberechtigten Männern	von 100 wahlberechtigten Frauen
Reich (Eilergebnisse aus 18 Wahlkreisen, 4 Gesamtverordneten)	1920, Reichstag	75,7	68,3
	1924, Reichstag (1*)	87,9	83,6
Wapern	1919, Landtag	86,5	85,7
	1919, Nationalversammlung	80,7	81,4
	1924, Landtag	77,5	66,6
	1924, Reichstag (2*)	85,6	75,5
Göding (50 Gemeinden)	1922, Landtag	84,2	74,5
	1920, Nationalversammlung	80,3	86,5
Württemberg	1920, Landesparlament	69,4	67,2
	1924, Reichstag (1*)	82,5	71,7
Siedlitz-Spandau	1924, Reichstag (1*)	83,0	71,9
	1924, Reichstag (1*)	80,5	70,5
	1925, Reichspräsident (1*)	84,1	77,0
	1925, Reichspräsident (2*)	84,7	80,7
	1925, Reichspräsident (2*)	86,5	82,5
Rein	1924, Reichstag (2*)	67,5	62,4
	1925, Reichspräsident (1*)	68,2	47,9
Erfurtger Munzweim	1925, Reichspräsident (2*)	79,3	87,5
	1925, Reichspräsident (2*)	49,2	38,5
Hagen (Westfalen)	1919, Nationalversammlung	85,2	81,0
	1924, Reichstag (1*)	75,5	64,7
Mainz	1924, Reichstag (2*)	85,0	71,0
	1925, Reichspräsident (1*)	70,8	55,5
Mainz	1925, Reichspräsident (2*)	77,8	66,0
	1925, Reichspräsident (2*)	64,2	64,4

\*) Wahltag.

Anfangs blieben sie nicht viel hinter den Männern zurück; es war wohl der Reiz der Neuheit, der sie zu Urne trieb. Doch war schon damals der Wählerifer der Männer größer, und zwar in noch höherem Maße, als sich aus den Zahlen ergibt, weil noch manche Freigewählten waren und deshalb nicht mitzählen konnten. Zurechnung bleibt die Wahlbeteiligung der Frauen meist um rund 10 p. h. hinter der der Männer zurück.

Woher kommt das? Aut, die Frau ist infolge Anlage und Erziehung politisch weniger interessiert, zum Teil scheut sie auch wohl den Aufwand an Zeit und Kraft, den die Wahl, besonders bei schlechtem Wetter auf dem Lande, erfordert. Die Beteiligungsziffer ist auf dem Lande immer geringer als in der Stadt; in Sachsen wählten z. B. 1922 nach Stichproben in der Stadt 84 p. h. der Männer und 79 p. h. der Frauen, auf dem Lande nur 79 p. h. bzw. 58,1 p. h. Die Kondenzen zeigen aber nur ein geringes politisches Interesse. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes über die erste Reichstagswahl im Jahre 1924 war die Wahlbeteiligung der Frauen in vier Verwaltungskreisen in allen Altersklassen geringer als die der Männer, und zwar wurde bei 25 bis 30 Jahren die Differenz am stärksten. Von den über 70 Jahren alten Wahlberechtigten wählten bei den Männern noch 79 p. h., bei den Frauen nur noch 58,4 p. h. Schon im 60. bis 65. Lebensjahr nahmen die Frauen nur noch zu 77,4 p. h. an der Wahl teil. Ähnliche Erfahrungen sind auch in Bayern und Württemberg gemacht.

Die körftliche Wahlbeteiligung der Frauen ergab sich für das Alter von 40 bis 45 Jahren. Einmal, nämlich in Mainz (Stadterordnetenwahl vom 15. November 1925), ist auch die Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen ermittelt worden. Danach wählten von je 100 Frauen bei den Arbeiterinnen 52,5, bei den Hausfrauen und -töhtern 51,3, unter den Selbständigen 51,2, unter den Angestellten 48,4 und unter den Hausangestellten 38,5. Der geringe Wählerifer der Hausangestellten ist wohl eine überall feststellbare Erscheinung.

2. Welchen Parteien die Frauen ihre Gunst zubenden, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Es müßten beim Besondere Urnen für die aufgestellt oder erforderliche Wahlmännchenliste adretnete Wählerlisten für die Geschlechter vorgeföhrt sein. Das ist bisweilen geschehen, regelmäßig z. B. in Spandau und Hagen



(Weßfalen). Das Ergebnis ist: Die Frauen bezuzogen die Rechtsparteien und das Zentrum und halten sich von den Radikalen aller Richtungen zurück.

Besonders springt in die Augen, wie stark das Zentrum aus das Frauenemte wirkt. Das macht sich überall, in sämtlichen Male aber in überwiegend katholischen Gegenden bemerkbar (siehe Brauchsal). Hier kommen die religiösen Kräfte in der Frau zur Geltung. Auch in kirchlichen evangelischen Landesteilen ist das unverkennbar. Politische Parteien, die das Religiöse nicht respektieren, scheitern sich damit ins eigene Fleisch. Weiter ist es die nationale Idee, die in frauenfeindlichen besonderen Anklagen findet, und auch wohl noch die Idee der Mitte. Schon bei den Demokraten beginnt der weibliche Einschlag schwächer zu werden. Eine Ausnahme bildet vornehmlich Hagen, der einige Wahlkreise Eugen Richters; hier scheinen alte Erinnerungen nachzuwirken.

Das Wahlergebnis nach Partei und Geschlecht.

a) Von je 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die nachfolgenden Parteien:

Land bzw. Stadt	Jahr und Sitzung der Wahl	Deutschnational		Deutsche Volkspartei		Rechte (Reichspol.)		Zentrum (einschl. Bayer. Christl.)		Demokraten		Völkische		Gesamtwahlmänner		Rommannen	
		St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.
		St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.
Reich (Erlaub. aus 100 Wahlkr.)	1920, Reichstag	4,4	5,6	13,0	13,2	—	—	10,0	14,4	7,0	6,3	—	—	25,4	19,2	2,4	1,4
	1924, Landtag	—	—	1,4	25,0	—	—	32,7	49,0	17,2	16,4	—	—	42,0	28,0	—	—
Sachsen (104 Stimmbezirke)	1922, Landtag	13,5	14,8	20,6	20,6	—	—	0,8	0,9	8,9	8,7	—	—	40,2	38,3	13,9	10,0
	1924, Reichspollbl. (1*)	—	—	—	—	47,8	52,0	1,9	1,5	4,2	3,9	1,8	1,3	33,0	32,1	11,5	8,9
Erlingen	1924, Reichspollbl. (2*)	—	—	—	—	54,1	57,9	—	—	—	—	—	—	30,4	29,9	11,3	8,6
	1925, Reichspollbl. (1*)	—	—	—	—	33,1	27,2	—	—	—	—	—	—	20,4	21,9	7,6	5,3
Espin-Bau	1924, Reichspollbl. (1*)	17,6	22,4	8,4	9,3	—	—	3,1	4,9	4,9	4,7	0,6	8,2	29,5	26,4	20,7	15,2
	1924, Reichspollbl. (2*)	19,5	24,5	6,3	6,9	—	—	3,6	5,2	6,8	6,3	3,8	2,7	40,2	38,9	14,1	9,9
Hagen (Weßf.)	1924, Reichspollbl. (1*)	—	—	—	—	82,0	87,2	—	—	—	—	—	—	—	—	11,0	6,8
	1925, Reichspollbl. (2*)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,1	6,8
Sachsen (Weßf.)	1925, Reichspollbl. (1*)	18,1	23,0	5,5	5,8	39,7	40,1	3,1	5,0	5,4	4,4	—	—	41,9	40,9	15,0	9,7
	1925, Reichspollbl. (2*)	13,0	16,0	10,9	12,7	—	—	14,0	22,3	13,1	13,1	5,8	3,5	7,3	5,9	29,0	18,7
Sachsen (Weßf.)	1925, Reichspollbl. (1*)	—	—	—	—	30,5	37,3	19,8	26,1	33,0	12,8	1,0	0,7	22,8	19,8	14,5	7,3
	1925, Reichspollbl. (2*)	—	—	—	—	41,1	46,8	—	—	—	—	—	—	—	—	14,5	8,1

b) Auf je 100 Männerstimmen kamen Frauenstimmen

in	überhaupt	Zentrum	Deutschnat.	Ordn. Hof	Demokr.	Völkische	Gesamtwahlm.	Rommannen
Erlingen (1924, Landtag)	107,3	—	—	118,4	—	101,3	106,4	92,0
Weßfalen (1919)	109,0	176,0	107,0	—	102,0	—	59,0	—

c) Von 100 Wahlstimmen kamen Frauen

in	überhaupt	Zentrum	Deutschnat.	Ordn. Hof	Demokr.	Völkische	Gesamtwahlm.	Rommannen
Reich (1920, Reichstag)	53,0	59,0	54,0	—	47,0	—	43,0	37,0
Sachsen (1922, Landtag)	52,8	57,8	56,9	55,8	52,3	—	51,6	46,0
Erlingen (1924, Reichspollbl. (1*))	47,2	46,7	45,8	49,8	49,8	—	38,7	32,7
Erlingen (1924, Reichspollbl. (2*))	47,1	38,9	46,0	45,6	43,6	—	35,9	31,2
Hagen (1925, Reichspollbl. (1*))	46,2	55,1	—	—	42,2	81,2	38,1	29,4
Hagen (1925, Reichspollbl. (2*))	48,3	—	—	—	47,0	—	—	29,5

\*) Wahltag.

Im Spreewald.

Von Dr. Carl Sonnenschein.

Das Boot gleitet totentf. Kein Ruder Schlag. Der fährmann höfzt nur mit der flachen Stange gegen den sanftigen Boden. Was ist Luft und Sandstoft. Eine blaue Libelle. Hart und lautlos. Eine aufgeschwemmte Drossel. Am geschnittenen Rand des Kanals unbedachtet eine Wasserschnecke. Drüben über den Spiegel schwimmt, wie wenn sie über Sand schöffe, die Ringelnetze. Links über der Weideln spiegelnde, unendlich, unbewegte Stille. So gleiten wir die Bäche entlang. Die gutgeschnittenen, aufgeräumten, gebauten. Wenn die Sonne wärmer einstrahlt, fällt die und da das Wasser dicht zum Sandboden. Wir steigen aus und heften den hölzernen Kahn eine Strecke weit über die Bänke hinaus. Rechts und links bücken sich vorwachsene Bäche in das Lagunaland. Unbeschnitten und seltenbefahren. Sie gehen still und weit durch die Felder. In diesen einsamen fjorden blauen Seerosen. Von feiner Hand berührt. Schmeißer. Blüten und verblühen, nur die und da aus unerreichbarer ferne blüht angehaucht, in die Nächte hinaus . . .

Tun öffnet sich der Erlenvald, und vor uns liegt weitergehend auf Burg hinaus die Weide. Dieses Kand, durch das die Spree in dreihundert Rinnsalen gleitet, ist Wald und Weide. Nur um die Siedlungen, um die stillen Dörfer herum, drängen sich Gärten. So schön gepflegt. An der Gut der Scheunen und der Häuser. In die Weiden hinein lagert sich Weidengetrüpp. Kand, das dem Grafen gehört. Das Getrüpp ist Obdach für flüchtiges Wild, das dem Jäger erhalten wird. Weiter hinaus Heuschobler über Stangen aufgeteigt und süßholz. Auch wenn das Wasser steigt, reicht es nicht an den Stoppel hinaus. Auch die Häuser sind über den Boden aufgehoben. Kelleras und auf Balken gelegt. Alles redet mit diesem Wasser, das von der Kauffahrt über Krede und Kübbenau und Kübben nach Berlin strömt. Bei Kübben sammelt es sich. Die Rinnsale schwellen zum Fluss. Vor dem Dorf sehen wir uns



Diese Landschaft erträgt sich vorübergehend. Zum Zusuchen der Nerven. Ihre Silberröde und das leuchtende Eis dieser felder, die im Dinter Kilometerweit unter Wasser fließen und süßlicher, erfordern weiches und romantischeres Gemüt. Erfordern Jagdenerfahrungen von Dezer oder Jttenbach, Erfordern den sanftesten Willen zur Ruhe. So umfängt uns rekonvaleszentenhaft mit weichen Händen die Sonne des Spreewaldes, für einen Tag, der vergehen macht.

Drüben aber liegt Berlin mit all seiner Not, all seiner Öter, all seinem Kampf. Diese Landschaft liegt verträumt. Albleits. Wie ein Cotenried. Das die Care der Welt hinter sich geschloffen hat. Hier gliebt es unüblich. Kein Rossesdampf. Im Spreewald gibt's keine Pferde. Kein Kuhgebüll auf weiter Weide. Die sehen sorglich und unsichtbar im Stall. Kein Autofrachten. Kein Motorrauschen.

an die Brülung der Gajwirtschaf und fchauen in den unendlich feinen, unendlich jarten Abend hinaus. Hinter Geranien gleiten drüben am Gartenrand die Boote. Wie ein Bühnenbild. Mit bunten Menfchen. Mit grünen Menfchen. Mit fingenenden Kindern. Mit alternden, arbeitsmüden Frauen, die vom Felde heimfehen.

Uns aber umfangen fchmeibend, befänftigt, tief all diefer Glanz, all diefe Weichheit, all diefe Ruhe. Wir werden noch ein Stück fpreewaldwärts gleiten. Dann werden wir vor den Balken anhalten, die ein Schloßpark liegen. Dann werden wir wieder auf feltes Land treten, und der Abend wird uns wie aus einem Traum in die harte

Arbeit zurücdragen, Wunderbar, einen Tag in der Sonne zu liegen und dem Zeiler zuzufchauen, wie er hoch über den Erden hängt. Es ift gerühmt, fich einjmal vom Hochland zum tiefen Thale fchleufen zu laffen und im Schwitzen diefer Zlatar verjehen mit fich felber allein zu fein. Aber diefe Zlatar ift doch nicht unsere Heimat. Heimat ift uns geworden die Stätte der fröhlichen, freizenden, rubelofen Arbeit. In ihr haben wir einen Beruf auszufüllen, und der Beruf geht über jedes Nuten.

Was dem zweiten Bändchen der „Notizen, Weltabdtberachtungen von Carl Gornemann, Gernade, Berlin 02.“ — Der Verfaffer, ein luthelicher Gelehrter von gemaltem Philantropie, gebürt als Landfchaftfchreiber an die Gegend Fontanes.

## Blick in die Bücher

Der Staat, von Hans Freyer, 2. Aufl., Verlagsbuchhandlung Ernst Wiegandt, Leipzig, 216 S.

Dieses Buch ift eine Art hohes Lied auf den Staat, eingeleitet in die Form einer gefchichtsphilofophifchen Betrachtung über die Entwicklung der Kultur. Der Verfaffer unterfcheidet drei Stufen in der Entwicklung des Geiftes, die Stufe des Glaubens, des Stills und des Staates. Jene erjte bezeichet er als die theoretifche Wendung des Geistes, die zweite als die gegenftändliche Wendung des Geistes und die dritte als die politifche Wendung des Geistes. In diefer dritten Stufe fieht er den Gipfel und Zielpunkt der Entwicklung des Geistes überhaupt. „Man kann fragen, ob der Staat die letzte und höchfte Form ift, in der die Menfchheit auf Erden leben kann. So viel allerdings fieht feft, daß der Staat die letzte und höchfte Stufe des Geistes ift.“ Das ift jofolagen der Kern des Glaubensbekenntnisses von Freyer. Er dreht das Gebilde des Staates wie einen Kriftall nach allen Richtungen in den Händen herum und durchleuchtet es mit fcharfer Linfe. Man braucht nicht überall mit ihm einig zu fein. Denn er verabfolutiert viellecht allzuoft feine Ideal. Auch erfordert die Fekture eine ziemliche geiftliche Anftrengung, um fo mehr, als die Darftellung ftellenweife hart an die Wirklichkeit freift. Sie ift ausgefprochen fpezialiftifch. Aber immer wieder findet fich hoch in den Diktionen des Verfaffers eine Reihe von treffenden Beobachtungen und Formulierungen. Wir zitieren hier nur eine jelden prägnante Definition des Staates: „Ein Staat ift die Einheit eines Reichs und eines Volks.“

Im Ganzen ift das Buch typifch deutfeh. Es geht mit höherem Scharffinn dem Wejen des Staates nach und verjent fich mit gläubiger Inbrunn in feine tiefen Tiefen. Aber man wird immer wieder bei der Fekture diefer deutfehigen Ergänzungen der Idee des Staates an die leider allzu berechtigte Bemerkung des meiftenhaften fpezialiftifchen Denkers Croßki erinnert: „Deutfehland hat lange über die wahre Natur des Staates philofophiert, während die britifche Bourgeoifie in derjelben Zeit den in feiner Zeit vollendeten Staat feil die Bedürfniffe ihrer Herrfchaft aufbaute.“ Und das eigentümliche ift außerdem, daß diefe deutfehige Philofophie des Staates, da wo fie ihm — mit Recht — in den Mittelpunkt der Theologie nicht, allzu leicht in die Machtbiologie abruft: wiederum im Gegenfatz zu der angeftändlichen Praxis der Theorie. Am bedenklichften erjcheint uns in diefem Zusammenhang eine Bemerkung Freyers wie die: „Die Diplomaten fehen die Sache des Strategen eine Weile lang mit anderen Mitteln fort.“ Als philofophifche Leistung, die es wohl fein will, ift das Buch ficher bedeutend.

Handwörterbuch des Kaufmanns, jeztion für Handel und Inndulrie. Herausgegeben von Karl Böttt unter Mitwirkung von 350 Mitarbeitern, mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen und Statiftiken, geographifchen und Wirtschafstafeln. Banfeattifche Verlagsgesellschaft, Hamburg 1926. Band I und II, je 30 XIM.

Der Herausgeber, ich glaube ich, als er daran ging, den Zuftand diefer Ferkunft zu maden, etwa von folgender Ergänzungs ausgang: Es gibt Nachfchlagewerke der verjchiedenften Art, das Handwörterbuch der Staatswiffenfchaften, das Konfervationlerikon u. a. m. Für jpezialwiffenfchaftliche Zwecke wie für den allgemeinen Bedarf des Staatsbürgers an Wiffenfchaft ift hinreichend verjorgt. Der Mann aber, der im praktifchen Wirtschaftsleben fieht, vermieht allzu häufig ein Nachfchlagewerk, das ihm bei feiner Berufsarbeit fchnell und erföldpnd, in klarem Deutfeh und möglichft unbedeutend von fachwiffenfchaftlicher Terminologie Auskunft auf allen Stoffgebieten gibt, die das wirtschafliche und überredt gegliederte Wirtschaftsleben der Gegenwart umfaßt. Was fehlt, ift: eine Synthese etwa von Handwörterbuch und Brokhaus, eingeteilt auf die tägliden Bedürfniffe des Wirtschaftspraktikers. Das wird, denke ich, die unjprüngliche Ermüdung gemefen fein, von der der Herausgeber des vorliegenden Handwörterbuchs ausging. Er nennt es fchreiben „Handwörterbuch des Kaufmanns“ — aber unter der Hand hat es fich ihm ausgeweitet zu einer wirtschaflichen

Enzyklopädie, der wie in Deutfehland Gleichartiges und Gleichwertiges nicht an die Seite zu stellen haben. In fehr weiten Grenzen ift das Stoffgebiet abgedekt: Fragen der Volkswirtschaftheorie und der Volkswirtschaftsftatiftik, der Land- und Forftwirtschaftheorie bilden ebenfalls den Gegenftand eingehender Behandlung wie Fragen der Chemie und der Technik des Zeitungswezens, des Bürgerlichen und des Strafrechts, der Wirtschaftsftatiftik, der Soziologie, des Verkehrs- und Verfidherungswens usw. Daneben find auch Konfulats- und Gefandtfchaftswen, Konverne und ausländifche Wirtschaftsformen, die Wirtschaftsgeographie der einzelnen Länder, Organisations- und Finanzierungsfragen, Bilanz- und Steuerwlen, Warenkunde und Handelsbräuche, Preffe- und Parteiwlen, die deutfehigen Städte bis zu den kleinsten Ortschaften mit Einftich der in ihnen angeftandenen indutrieellen Unternehmungen unter Angabe der Arbeitersahl ufw. berührt. Wir fehen: auch die Grenzgebiete des Wirtschaftslebens find in den Kreis der Betrachtung einbezogen. Gerade unter dem Gefichtspunkt, daß die Grenzen diefer Nachfchlagewerke nicht anfänglich enge gezogen find, hat fich diefe Handwörterbuch zu einem umfangreichen und lückenlofen Nachfchlagewerk ausgeweitet, das auf faum eine Frage aus dem überreichen Komplex des modernen Wirtschaftslebens die Antwort verlag. Knapp und präzis, abhold jeder weifendigen Erklärung, und doch erfidpnd in der Darftellung und in hohem Grade injerktiv find die einzelnen Abhandlungen des Werkes, das durch eine reiche Beilage von Bildern, Tabellen und Karten die Anfehlichkeit des Wertes wefentlich erhöht. Ein umfangreiches Sammelwerk von klar durchgeführter Systematik, ein fehr brauchbares, zuverlässiges, von Gelehrten und Männern der wirtschaflichen Praxis bearbeitetes Nachfchlagewerk, das jedem im wirtschaflichen Leben Stehenden der fich auf dem hier behandelten Stoffgebiet fchnell und zuverlässig unterrichten will, wertvolle Dienste zu leisten vermag.

Demofthenes. Von Georges Clemenceau. Deutfeh von Dr. Alfred Baur, Basel, 126 S., Preis 3 fr. (240 M.), geb. 4 fr. (320 M.). Verlag Benno Schwabe & Co. Basel 1926.

Dies Buch ift ein Werk eigener Art, eigenartig durch die Perfönlichkeit des Verfaffers wie auch durch feinen Inhalt. Clemenceau, der alte Haudgen und Deutfehfreund, läßt hier, gelehrt auf gute Quellenkenntnis des griechifchen Altertums, den großen Redner Philippus von Makedonien reden und fängt fein Lob als Redner und Mann bei Lat. Aber das ift nur die Kulffe. Zwischen dem Zellen redet und philofophiert er felbst und fchreibt fich vom Herzen, was er in direkter Anrede an die Franzofen und an die Welt nicht fagen möchte. Ganz wie in alten Tagen predigt er feinen Landsleuten Bürgerpolz und Bürgergenoffen. So legt er einmal, daß der Kriegsmut umfonst Wunder vollbringt, wenn er nicht vom Bürgerpolz getragen wird. Ganz erfüllt von der Weisheit des Alters und einer langen staatsmännlichen Erfahrung, zeigt er an dem Beifpiel der Griechen, wie ein Volk freiheit, Größe und Einftak verlieren kann, wenn es in Schlaffheit und Unheimlichkeit verjinkt und nur bei Plünder der fchönen Künfte feil fröhlich. Man prüft den edlen Clemenceau auf Schritt und Tritt. Es ift kein leibhaftig St. Itektorf, kein Koenigshild. Dies Buch, fo klein es auch an Umfang ift, ift gemiffenmaßen Clemenceaus politifches Testament. Der Überjeher hat verstanden, die Eigenheiten und Schönheiten des nicht immer leicht geliebten Clemenceaus Sprachfills treffend und formgemäß wiederzugeben.

Durch Erlaß des Herrn Reichspräsidenten vom 11. April 1927 find in der Zentralleitung der Reichszentrale für Heimatdienst folgende Ernennungen erfolgt: Dr. Ziegler und Prof. Nollow zu Oberrierungsgräten, Dregge, Barth, Horw u. zu Regierungsräten.

# Ganzleinenbände

## JEDER BAND

# 1<sup>30</sup> Mk.

In dieser Sammlung bringen wir bekannte Romane in vollständigen Ausgaben. Trotz des fabelhaft billigen Preises ist auf gute Ausstattung Wert gelegt. Jeder Band ist staubfrei in durchsichtiges Glanzpapier verpackt und eignet sich so auch besonders zu Geschenkwedden.

### Titel der Bände:

Alexis, Hofen des Herrn von Bredow	Keller, Züricher Novellen
Anzengruber, Sternsteinhof	Kleist, Michael Kohlhäas u. a. Novellen
Brachvogel, Friedemann Bach	Ludwig, Heiterkehl
François, Reckenburgerin	Reinhold, Bernsteinherz
Hauff, Aichtenstein	Storm, Novellen — Schimmelreiter

Wir liefern die vorstehenden Bände porto- und spesenfrei auf Wunsch auch gegen

**Monatsraten à 3,— Mark**

### Bestellschein.

Hiermit bestelle ich bei Verlag und Buchdruckerei Otto Schwarz, Berlin S 42, Brandenburgerstr. 21, \_\_\_\_\_ Ganzleinenbände à 1,30 Mk. Betrag ist auf Postcheckkonto Bln. 41286 eingezahlt — ist nachzunehmen. Begleichung erfolgt in Monatsraten à 3 Mark, wobei die erste Rate bei Zufendung nachzunehmen ist. Erfüllungsort Berlin-Mitte 62. Eigentumsrecht vorbehalten.

Ort und Datum:

Name und Stand:

## AUSWANDERER

fünfen Rat, Aufklärung, alles Wissenswerte in den vom Reichswanderungsamt empfohlenen, jetzt in 2. Auflage erschienenen

*Taschenbüchern des Auswanderers*

Es liegen vor: Brasilien (M 2,50) — Vereinigte Staaten (M 2,80) — Deutsch-Ostafrika (M 3,20) — Deutsch-Südwestafrika (M 2,50) — Paraguay und Uruguay (M 2,50).

Jeder Band reich illustriert und mit 1 Karte versehen.

**SAFARI VERLAG GmbH**

**BERLIN W 35, Lützowstr. 89-90**

## Früherer Geschäftsführer

i. Westpr. Verord. Groß-Berlin, Abstimmungs-Organ u. Sekr. i. Reichswehr-Ministerium, 31 J., verh., beste Umgeb., erste unbes. zuverl., verantwortungsbew., schöpferisch-organisatorische Arbeitskraft, gut. Kenner des Grenzmarkenprobl. in seinen vielfach. kulturellen und ökonomischen Auswirkungen, der wirtschaftl. wie idealen Führung, der Landwirtschaftl. u. industriellen Erziehung, Erfahrung i. d. Kaufm. wie verwaltungstechnischen Büropraxis, Diktatkorrespond., selbst. Diktatmaschinenreiber, volkswirtschaftlich u. jurist. vorgebild., bestens bewand. i. Kassen-, Steuer-, Hypotheken-, Grundstücksverwaltungswesen usw., sowie in der Leitung von Kuranstalten und Erholungsheimen,

**sucht geeignete, auch einfache Position**

in Verwaltung, Handel oder Industrie bei **bescheidenen Ansprüchen**. Kautions kann durch **Gründschuldscheine in größter Höhe** gestellt werden. Einzel. Ref. Gebl. Zuschr. erbeten an **Georg Rupprich, Neisse/Schles.,** Wilhelmstr. 18.

# BOTTS

## Handwörterbuch des Kaufmanns

LEXIKON FÜR HANDEL UND INDUSTRIE IN 5 BÄNDEN

Herausgegeben von Karl Bott

Das erste große Kaufmannslexikon in 5 Bänden! Gibt schnell, zuverlässig und gründlich Antwort auf jede mit dem kaufmännischen Leben im Zusammenhang stehende Frage, sei es auf dem Gebiete der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft, der Warenkunde, der Wirtschaftsgeographie, des Rechts oder der Technik. Über alle wichtigen Wirtschaftsvorgänge enthält es geschlossene Abhandlungen bekannter Persönlichkeiten. — Über 350 Mitarbeiter! 5500 Seiten Umfang; 3000 Stichwörter; 2400 Textabbildungen; 250 Textarten; 2600 Statistiken. — 26 Tabellen; 2800 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln; 200 geographische und Wirtschaftsarten. Jeder

Band ist auf feinstes holzfreies Papier gedruckt und in Halbleder gebunden. Bisher erschienen Band 1-4. Preis je RM. 30.—

Band 5 wird im Laufe des Jahres 1927 ausgegeben. Ausführliche Prospektbefe mit Probeblättern, Karten u. Kunstdrucktafeln kostenlos

**HANSEATISCHE  
VERLAGSANSTALT / HAMBURG 36**

**DER  
GROSSE  
BOTT**

